

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

Wie politisch ist Marmelade, Herr Oetker?

Ein Gespräch mit dem Unternehmer und OSlaner Arend Oetker



WIE WEITER?

Thomas Risse
über den russischen
Angriffskrieg

DEBATTE

Ein Plädoyer zur
Umbenennung der
Iltisstraße

OSI-LEUTE

Fragen an
Familienministerin
Lisa Paus

Bis hierhin – und wie weiter?



Die Krisen unserer Zeit — Klimawandel, Pandemie, Krieg und die Folgen — verlangen nach Adaption, nach Transformation zu einer zukunftsfähigen Lebensweise sowie einer beständigen und friedlichen internationalen Ordnung, um den Fortbestand unserer selbst zu sichern. Die Richtung ist eindeutig, der Weg unklar. Die Frage lautet jetzt: Wie weiter?

Niemals dürfen Angriffskriege für uns normal werden, warnt etwa Prof. Thomas Risse. Es gilt für uns die Stärke des Rechts, nicht das Recht des Stärkeren, pflichtet die EU-Parlamentarierin Hannah Neumann bei. Eine Wende weg von der Wehrlosigkeit der deutschen Bundeswehr sei daher unausweichlich, meint Rüstungsexperte Thomas Raabe. Außerdem brauchen wir in der Politik ein Risikomanagement, um Abhängigkeiten von Rohstofflieferanten wie Russland künftig besser zu bewerten, sagt der Unternehmer Arend Oetker im Interview. Aber es sind nicht nur Fragen von Krieg und Frieden, die unsere Zukunft bestimmen.

Als Magazin am Otto-Suhr-Institut geben wir Ideen und unterschiedlichsten Biographien, die das Otto-Suhr-Institut hervorgebracht hat, ein Forum. Das ist das Besondere an der OSI-Zeitung: Alle eint ein Bezug zum OSI.

Von der neuen Bundesministerin Lisa Paus über einen Nachrichtendienstler bis zu einer ehemaligen namibischen OSI-Studentin, die Botschafterin in Deutschland wurde, und die wir für eine Straßenumbenennung in Dahlem vorschlagen.

Außerdem fragen wir in der Rubrik »Debatte«, ob Forschung dekolonialisiert werden muss. Und plädieren für den fairen Umgang mit Kindern aus dem Nahen Osten in deutschen Flüchtlingsklassen.

Unter »Campus« erzählen drei Studentinnen aus Russland und der Ukraine über ein Studium in Kriegszeiten.

Über personellen Zuwachs, Kritik und Anregungen freuen wir uns immer. Man erreicht uns per Mail: OSI-Zeitung@osi-club.de oder auf Facebook (OSI-Zeitung), Twitter und Instagram (OSI_Zeitung) — Folgt uns auf Social Media, um nichts zu verpassen.

Wir wünschen viel Vergnügen und Erkenntnis beim Lesen. Die nächste Ausgabe erscheint zum Ende des Wintersemesters.

CHRISTINE KOLMAR COLIN IVORY MEYER
FINJA SCHÜRMANN CHRISTIAN WALTHER

WIE WEITER?

Wende Weg von Wehrlosigkeit

Ein Gespräch mit Rüstungsexperte Thomas Raabe

VON CHRISTINE KOLMAR & FINJA SCHÜRMANN

5

Niemals »Normal«!

Wie die internationale Gemeinschaft auf die russische Aggression reagieren muss

VON THOMAS RISSE

11

Der Balkon Europas wackelt

Wie sich die Bedrohungslage in Georgien verändert hat

VON TOBIAS MÜNCHMEYER

13

Die Stärke des Rechts — nicht das Recht des Stärkeren

Warum Waffenlieferungen nötig sind, um den Frieden zu erkämpfen

VON HANNAH NEUMANN

16

Wie politisch ist Marmelade, Herr Oetker?

Ein Gespräch mit Unternehmer Arend Oetker

VON MARTIN MÜLLER & CHRISTIAN WALTHER

18

OSI-LEUTE

»Es gehört dazu auch mal zu straucheln«

Fragen an Familienministerin Lisa Paus

VON FINJA SCHÜRMANN

25

Unauffällig von Beruf

Ein Besuch beim Bundesnachrichtendienst

VON COLIN IVORY MEYER

28

Wider das Leben in der Wartehalle

Fragen an Berlins Integrationsbeauftragte Katarina Niewiedzial

VON CHRISTIAN WALTHER

32

Von Hausbesetzerin zur Unternehmerin

Ein Interview mit Unternehmerin Yvonne Mevius

VON CHRISTIAN WALTHER

35

Namen und Nachrichten

Neuigkeiten von OSI-Leuten

VON COLIN IVORY MEYER & MARTIN MÜLLER

37

DEBATTE

Eine Promenade für Nora

Ein Plädoyer zur Umbenennung der Iltisstraße
VON CHRISTIAN WALTHER & ALJOSHA SARIBAF

39

Iltis, Lans, Taku

Ein historischer Hintergrund der Straßennamen
VON ALJOSHA SARIBAF

47

»Ein Schlag ins Gesicht«

Ein Gespräch mit Dekolonialismus-Forscherin Sara Dehkordi
VON PIERA ROCCO DI TORREPADULA

48

Flüchtlinge an deutschen Schulen — ein Zwei-Klassensystem

Die Ungleichbehandlung von Kindern aus dem nahen Osten
VON MARA KONRAD

52

Wählen ab 16?

Ein Gespräch mit Politikdidaktikerin Sabine Achour
VON SOFIE EIFERTINGER & LULU RECKERS

55

CAMPUS

»Ich hab angefangen zu weinen«

Drei Studentinnen aus Russland und der Ukraine über ein Studium in Kriegszeiten
VON CLARA BALDUS & CELINE COJOCAR

59

»Es fühlt sich an, wie nachhause kommen«

Die Umweltpolitikexpertin Lena Partzsch im Porträt
VON SASKIA KABELITZ & LULU RECKERS

63

Namen und Nachrichten

Neuigkeiten aus dem OSI
VON MARTIN MÜLLER

66

KULTUR & CO

Jenseits des Berliner Tellerrandes

Das gastronomische Angebot im OSI-Umfeld
VON ANTON BRÄUNING

68

Kreatives aus dem OSI

Eine Bildstrecke *VON TIM GASSAUER*
 Ein Gedicht *VON FINJA SCHÜRMANN*

70

WENDE

WEG

VON

WEHR

LOSIGKEIT

Wende weg von Wehrlosigkeit

Der Rüstungsexperte Thomas Raabe zur Zukunft von Bundeswehr und Verteidigungspolitik

VON FINJA SCHÜRMANN UND CHRISTINE KOLMAR

Thomas Raabe, Lehrbeauftragter am OSI und seit 16 Jahren für das Verteidigungsministerium tätig, zitiert zu Beginn Stephan Bierling, Professor für internationale Politik an der Uni Regensburg. Seine Überlegungen hält er für zentral: »Alle verweigerten eine Debatte über Ziele und Instrumente der deutschen Außenpolitik, denn dann hätte man über Interessen, Macht und Militär sprechen müssen.«

OSI-Zeitung: Was muss sich bei der Bundeswehr und bei ihrem Beschaffungswesen ändern?

Raabe: Insgesamt muss bei der Rüstungsbeschaffung darauf geachtet werden, dass die militärischen Aspekte absolute Priorität haben. Bisher ist es so, dass wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Aspekte, Standortpolitik wichtiger sind als die militärischen Aspekte. Jetzt gibt es langsam einen mentalen Wandel dadurch, dass wir effektiv bedroht sind durch den Krieg.

Was braucht die Bundeswehr in den nächsten Jahren am dringlichsten?

Ein breites Spektrum. Wir brauchen ein neues Kampfflugzeug für die nukleare Teilhabe, wir brauchen einen neuen schweren Transporthubschrauber, wir brauchen im Bereich der Digitalisierung viel mehr, wir brauchen bei der persönlichen Ausrüstung der Soldaten mehr, wir brauchen bei Marine mehr. Also man kann durch alle Teilstreitkräfte gehen — überall gibt es einen zusätzlichen Bedarf.

Gab es bisher Fehlallokationen? 50 Milliarden jährlich in die Bundeswehr, die ohne Effizienz offensichtlich irgendwo verpulvert wurden.

Das »verpulvert« ist nicht richtig, weil allein der Personalhaushalt 25 Prozent ausmacht und wenn jetzt eine Gehaltserhöhung kommt, dann kann man sich vorstellen bei 25 Prozent Personal, was es für den Etat ausmacht. Bisher gab es pro Jahr circa acht Milliarden Investitionen in militärische Güter — das muss gesteigert werden. Aber wenn man allein diese beiden Posten zusammen nimmt, ist man schon bei einem hohen Prozentsatz, der von vornherein verplant ist, bevor man überhaupt darüber nachdenken kann, ob man modernisiert oder in bestimmten Bereichen noch besser wird. Es ist einfach so, dass der Bundeswehr-Etat in den letzten Jahren zu knapp bemessen war.

Heißt das, dass man alles so lässt wie bisher und nur noch mehr Geld draufsattelt für noch mehr Waffen, bessere Ausrüstung, oder muss man auch eine wirkliche Reform der Bundeswehr anstreben?

Ich befürchte, dass vor allem draufgesattelt wird. Was Reformen der Bundeswehr angeht, gab es eine ganze Reihe, und es gibt immer wieder Expertengremien, die sich damit beschäftigen. Letztes Jahr hat Annegret Kramp-Karrenbauer versucht, nochmal eine Reform umzusetzen. Ja, auch die Strukturen müssen refor-

US-amerikanisches Kampfflugzeug F35



© Department of Defense

miert werden, aber bei der derzeitigen Lage — bei einer Bedrohung durch Russland — wird kein vernünftiger Politiker daran gehen, die Strukturen der Bundeswehr oder die des Ministeriums nachhaltig zu ändern.

Wie weit kommt man mit dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro?

Wenn man das Zwei-Prozent-Ziel der NATO nimmt, dann müsste der Etat pro Jahr im Moment von 50 auf etwa 70 Milliarden Euro erhöht werden. Das heißt, pro Jahr 20 Milliarden Euro auf fünf Jahre verteilt, macht 100 Milliarden Euro, so dass die Bundesrepublik Deutschland dem Ziel zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes gerecht werden würde. Deshalb kann man durchaus die Frage stellen, warum der Verteidigungsetat nicht im Kernhaushalt direkt erhöht wird.

Man könnte ja denken, gerade in der jetzigen Situation wäre es gut, bei der internationalen Rüstungskooperation noch stärker zusammenzuarbeiten - um preisgünstiger und schneller irgendetwas auf die

»Also die Mär, dass Rüstungskooperationen günstiger sind, die kann man nicht aufrechterhalten«.

Reihe zu kriegen. Aus der Vergangenheit hat man aber gelernt, Rüstungskooperationen sind eher langwierig, schwierig und ineffizient. Ist da eine Änderung in Sicht?

Eine Änderung wäre schon mal, dass man sich ehrlich macht. In den letzten fünf Jahrzehnten wurden immer Rüstungskooperationen betrieben und jedes Mal waren sie zu spät, und sie waren zu teuer und die Qualität hat gelitten. Also die Mär, dass Rüstungskooperationen günstiger sind, die kann man nicht aufrechterhalten. Was man beobachten kann, ist, dass aufgrund der Bedrohungslage Deutschland beginnt, »von der Stange« zu kaufen. Das bedeutet, man kauft fertige Produkte wie das amerikanische Kampfflugzeug F-35. Aber das bedeutet, wir haben eben keine Wertschöpfung. Das ist die Kehrseite, wenn man von der Stange kauft.

Was sollte man jetzt tun?

Wenn man so bedroht ist, wie im Moment die Politik in Deutschland meint, dass sie im Rahmen des Ukrainekriegs bedroht sei, dann wird man bei den Schlüssel-Waffensystemen darauf achten, dass man fertige Produkte kauft.

Wir haben auch das deutsch-französisch-spanische Kampfflugzeugprojekt FCAS (Future Combat Air System) das 2040 fertig sein soll, aber dort geht man davon aus, dass es Kosten in Höhe von 100 Milliarden bis zu 300 Milliarden werden. Ich sage Ihnen heute schon, wir können es ja dann noch nachprüfen, das wird 2040 nicht fertig sein!

Sollte man FCAS unter den Umständen dann nicht weiterverfolgen im Moment? Können wir auch ohne FCAS?

Dazu gibt es immer folgendes Argument: Beide Gruppen sagen, wenn wir jetzt nicht in neue, moderne Technologien investieren, werden wir irgendwann nicht mehr mithalten können. Das ist das eine große Argument. Das andere große Argument ist, dass gesagt wird, durch solche Projekte muss sich Europa auch einen eigenen Rüstungsmarkt schaffen und auch die Fähigkeiten erhalten, sonst käme man in die Abhängigkeit Amerikas und das könne Europa nicht wollen. Das sind zwei Argumente, die durchaus

valide sind. Aber ich verweise immer darauf: Man muss als allererstes darauf achten, wie man einer möglichen militärischen Bedrohung gerecht werden kann. Da nützt es mir nichts, wenn ich sage, ich mache Technologiepolitik oder Arbeitsmarktpolitik und wenn ich wirklich bedroht bin, habe ich kein Flugzeug »auf dem Hof stehen«.

»Man muss in Europa mehr vereinheitlichen, aber ich sage voraus, auch das wird schwierig«,

Wäre der EU geholfen, wenn sie ihre Ausstattung vereinheitlicht?

Ja, die Debatte einer europäischen Armee und einer Vereinheitlichung gibt es schon sehr lange. Die Realität ist nur so, dass wir in Europa eine Vielzahl von verschiedenen Waffensystemtypen bei Panzern und Flugzeugen haben — auch da spielen die wirtschaftlichen Gründe eine große Rolle. Wenn man mehr standardisiert — also die gleichen Waffensysteme in allen europäischen Ländern hätte, würde es vieles vereinfachen. Man könnte auch die Waffensysteme austauschen.

Aktuell: die Panzerhaubitze 2000, die in die Ukraine geliefert werden soll. Die Holländer haben sie, die Deutschen haben sie, aber die Software-systeme hinter beiden Panzertypen sind unterschiedlich. Das bedeutet, dass die ukrainischen Soldaten jetzt an unterschiedlichen Systemen beim gleichen Waffensystem ausgebildet werden müssen. Das ist nicht nachvollziehbar. Das könnte man vereinheitlichen. Also ja, man muss in Europa mehr vereinheitlichen, aber ich sage voraus, auch das wird schwierig, weil natürlich die Länder alle ihre eigene Wertschöpfung haben wollen und ihre eigenen Arbeitsplätze sichern. Das ist immer die Grenze, wo es dann schwierig wird, sich in Europa zu einigen.

PATRIOT Flugabwehrraketensystem



**Aber wenn nicht jetzt, wann dann?
Der Druck ist groß, jetzt günstig, schnell
und einfach Waffen anzuschaffen. Man
müsste sich jetzt auf etwas einigen.
Wer bringt das in Europa voran?**

Ich sehe das eher skeptisch. Wenn wir das Beispiel FCAS nehmen — das ist ein europäisches Projekt, wo Deutschland, Frankreich und Spanien zusammenarbeiten, denn es gibt parallel ein weiteres Kampfflugzeugprojekt, Tempest. Dort arbeiten Großbritannien, Schweden und Italien zusammen. Jetzt könnte man sagen: Zwei große Kampfflugzeugprojekte in Europa zur selben Zeit - warum tut man sich nicht zusammen? Da greifen wieder die wirtschaftlichen Themen, denn Großbritannien hat andere wirtschaftliche Interessen als zum Beispiel Frankreich. Das alles hatten wir schon mal in der Geschichte. Beim Eurofighter war es so, dass Anfang der 80er Jahre — jetzt über 40 Jahre her — Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien zusammen waren und ein neues Kampfflugzeug bauen wollten, nämlich den Eurofighter. Nach sieben Jahren Planung ist Frankreich aus diesem Projekt ausgeschieden und hat ein eigenes Flugzeug gebaut. Das zeigt, das sind alles Entwicklungen, die wir schon einmal hatten. Deshalb bin ich auch so skeptisch, dass es in Zukunft besser wird.

**Wenn alle noch mehr Waffen produzieren
und viel Geld dafür ausgeben, was bedeutet
das für die internationalen Rüstungsexporte
gerade von Deutschland aus?**

Nun ist die neue Regierung mit dem Anspruch angetreten, ein neues Rüstungsexportgesetz zu schaffen — man will wieder restriktiver werden. Die Koalitionsvereinbarung von Ende November letzten Jahres hat sich aber schon überlebt. Kurz vor dem Antritt der neuen Regierung hatte die alte schwarz-rote Regierung Waffen im Wert von über neun Milliarden Euro exportiert, auch Länder wie Ägypten waren dabei. Auch das ist eine zweigleisige Debatte in der Öffentlichkeit: Einerseits wird immer wieder gesagt, wir dürfen nicht so viele Waffen exportieren.

Andererseits steigen die Zahlen. Dahinter stehen natürlich massive wirtschaftliche Interessen, das muss man ganz klar sehen. Das Erstaunliche im Moment bei der Debatte ist, dass die Grünen eher bereit sind, der Ukraine Waffen zu geben als die SPD. Das zeigt, wie weit die Grünen da schon einen Weg hinter sich gebracht haben.

**Die Bundesregierung wird nach
einem Schaukelkurs nun doch schwere
Waffen liefern. Befinden wir uns in
einer Rüstungsspirale?**

Panzerhaubitze 2000



Ich denke, dass die Bundesregierung und der Bundeskanzler durchaus behutsam vorgehen, was nicht schlecht ist, weil wir uns auch in einer gefährlichen außenpolitischen Lage befinden. Die Differenzierung in defensive und offensive Waffen habe ich nie so richtig nachvollziehen können. Ich glaube, das ist eher ein kommunikatives als ein inhaltliches Problem.

Wie wichtig ist Symbolpolitik für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik?

Ich glaube, dass Symbolpolitik gerade auf dem Gebiet nicht wichtig ist, sondern dass sie zwar gerne betrieben wird, aber dass es besser wäre, wenn man Realpolitik betreiben würde. Eine strategische Politik wäre auf dem Gebiets sicherlich sinnvoller als Symbolpolitik. Symbolpolitik oder Strategie — bei Rüstung sind das die beiden Pole.

Wie kommt es, dass man den Zustand der Bundeswehr solange missachtet hat, auch gerade auf Seiten der Universitäten, die die gesellschaftlichen Entwicklungen eigentlich alle im Blick haben.

Ich glaube, dass es nicht in den Mainstream reingepasst hat. Dazu gehört auch, dass die Politik einige Entscheidungen getroffen hat, die dazu führten, dass die Bundeswehr sich immer mehr aus der Mitte der Gesellschaft zurückgezogen hat — Stichwort Aussetzung der Wehrpflicht. Es gab eine Gesellschaft, die sich lange Zeit nicht vorstellen konnte, dass es auch Krieg innerhalb Europas geben könnte. Das hat sich jetzt kolossal geändert. Deshalb gewinnt eben auch die Bundeswehr als Instrument der Sicherheitspolitik wieder stärker an Aufmerksamkeit und rückt in den Fokus.

Also reine Ignoranz bisher?

Ja, Ignoranz und im schlimmsten Fall Unwille. Unwille wäre schlimmer, weil man dann erkennen würde, dass es eigentlich wichtig ist, aber es bewusst beiseite lässt.

Sind Sie für eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht?

Aus militärischer Sicht Nein, weil Streitkräfte heute in der Regel hoch technologisiert sind, und da brauchen sie eher Berufssoldaten, die über längere Zeiten den Streitkräften zur Verfügung stehen. Wir sprechen aber auch nur von der Aussetzung der Wehrpflicht und nicht von der Abschaffung, weil die Politik sich bewusst eine Hintertür offen gelassen hat. Wir reden in diesen Tagen darüber, ob Russland eine Generalmobilmachung macht. Was würde passieren, wenn das wirklich geschehe und Russland wirklich die NATO militärisch angreifen würde? Dann müsste Europa irgendwie verteidigungsfähig sein. Spätestens dann würde man über die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht reden. Momentan sehe ich das aber nicht.

Wie würde für Sie eine gelungene Zeitenwende in der Rüstungs- und Verteidigungspolitik aussehen?

Ich würde mir wünschen, dass bei allen Entscheidungen seitens der Politik, der Abgeordneten des Bundestags und der Industrie immer die Frage steht: Was brauchen wir jetzt, um der militärischen Bedrohung gerecht zu werden? Wie können wir unser Land schützen? Artikel 87a GG: »Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf« - Das muss unsere Maßgabe sein bei allem, was wir bedenken und machen bei der Rüstungspolitik. Dann erst kommt die Wirtschaftspolitik, die Standortpolitik, die Technologiepolitik.

Dr. Dr. Thomas Raabe ist seit dem Sommersemester 2021 Lehrbeauftragter am OSI. Er wurde 1994 an der Ludwigs-Maximilians-Universität zum Dr. phil. promoviert und legte 2018 seine zweite Dissertation zum Dr. rer. pol. an der Universität der Bundeswehr in München ab. Sie thematisiert die internationalen Rüstungskooperationen Deutschlands und wurde beim Campus Verlag unter dem Titel »Bedingt einsatzbereit« veröffentlicht. Seit 16 Jahren arbeitet er im und für das Verteidigungsministerium, unter anderem war er Sprecher von Bundesminister Franz-Josef Jung.

NIEMALS NORMAL

NIEMALS NORMAL

NIEMALS NORMAL

NIEMALS NORMAL

NIEMALS NORMAL

NIEMALS NORMAL



Niemals »normal«!

Angriffskriege sind seltene Gewaltereignisse. Die internationale Gemeinschaft muss alles daran setzen, dass das auch so bleibt. Eine Mahnung aus Berlin.

VON THOMAS RISSE

Der Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine hat die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung zerstört, die noch während des kalten Krieges mit der Helsinki-Schlussakte 1975 der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, jetzt OSZE) mühsam aufgebaut und in unzähligen Deklarationen und Abkommen der 1990er Jahre bekräftigt worden war. Zugleich bedroht der Aggressionskrieg nicht nur die liberale internationale Ordnung, sondern auch das ihr zugrunde liegende »westfälische System« der Staatenwelt, das auf der souveränen Gleichheit der Staaten und dem Schutz ihrer territorialen Integrität beruht. Dabei muss man im Auge behalten, dass Angriffskriege glücklicherweise extrem seltene Gewaltereignisse darstellen. Je nachdem, wie man rechnet, fand die letzte derartige Aggression vor Putin mit der amerikanischen Intervention im Irak vor fast zwanzig Jahren statt, allerdings damals gegen einen extrem brutalen Diktator. Wenn wir nicht in eine Welt zurückkehren wollen, in der die Tyrannei über dem Völkerrecht steht, dann dürfen Angriffskriege niemals »normal« werden.

NATO und EU haben deshalb bisher geschlossen und entschlossen reagiert. Ob es dabei bleibt, hängt unter anderem auch von Deutschland als der wichtigsten Führungsmacht in Europa ab. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen und aufgrund normativer Überzeugungen sind Deutschland und Europa zutiefst an der Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung einer regelbasierten und multilateralen europäischen und internationalen Ordnung interessiert, sie gehört zu unserer DNA. Deshalb sollte die Bundesregierung, allen voran der Bundeskanzler, ihr zögerliches Verhalten in Bezug auf

Waffenlieferungen an die Ukraine, Energie-sanktionen gegen Putins Russland sowie den EU-Kandidatenstatus für die Ukraine, Moldau und Georgien im Interesse Deutschlands und Europas aufgeben. Gleichzeitig wäre es fatal, sich auf eine erneute Blockbildung (China/Russland vs. USA/Europa mit den entsprechenden Verbündeten in aller Welt) einzulassen. Die liberale und regelbasierte internationale Ordnung ist im Interesse aller Staaten und muss daher entschlossen verteidigt werden.

Prof. Dr. Thomas Risse war Professor für internationale Politik am Otto-Suhr-Institut und ist jetzt Seniorprofessor und Direktor des Berlin International College for Research and Graduate Training (BIRT) am Exzellenz-Cluster »Contestations of the Liberal Script« (SCRIPTS). Er studierte an den Universitäten Bonn und Sciences Po, Paris, und promovierte 1987 an der Goethe Universität Frankfurt. Bevor er 2001 an die Freie Universität Berlin kam, hat er in den USA u.a. an den Universitäten Cornell, Yale, Stanford und Harvard gelehrt, in Europa an der Universität Konstanz und dem Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

DER BALKON EUROPAS WACKELT



Tiflis am 27.2.22

Der Balkon Europas wackelt

Der russische Angriff auf die Ukraine hat auch die Bedrohungslage in Georgien verändert, dort fürchtet man sich seit 2008 vor einer Invasion. Eine Einschätzung aus der Hauptstadt Tiflis.

VON TOBIAS MÜNCHMEYER

»In 15 Minuten sind die Russen auf dem Kurfürstendamm« war 1984 ein Hit von Udo Lindenberg. Und in 50 Minuten sind sie auf dem Rustaveli-Boulevard, in Tiflis — denn russische Truppen sind auch im 2008 von Russland im Kaukasus-Krieg okkupierten Süd-Ossetien stationiert, nur 40 km nördlich der Hauptstadt. Ein Großteil der Georgier sind der Meinung, dass die russische Aggression gegenüber Georgien bis heute anhält.

»...die russische Aggression gegenüber Georgien bis heute anhält.«

Etwa 40.000 Russinnen und Russen sind in den vergangenen Wochen hierher gekommen. Es gibt darunter echte politische Flüchtlinge, es gibt jene, die nicht unmittelbar verfolgt, aber der Propaganda überdrüssig sind und für sich und ihre Kinder in Russland keine Perspektiven mehr sehen – und es gibt die »Louis-Vuitton«-Emigranten, die ihr Land nur verlassen, weil sie den westlichen Konsum vermissen, der durch die Sanktionen eingeschränkt wurde. Die Nervosität in Tiflis nimmt zu. Meine Georgisch-Lehrerin Tamuna beobachtet vor wenigen



© Tobias Münchmeyer

Beide Fotos zeigen den Platz vor dem georgischen Parlamentsgebäude bei einer Demonstration am 27.2.22

Tagen eine feine Moskauer Dame, die sich in einem Café lautstark auf Russisch über ein versalzenes Omelett beschwert. Die junge Kellnerin antwortet ihr freundlich auf Georgisch, da sie kein Russisch versteht.

Die Dame schreit auf Russisch: »Können Sie nicht in einer menschlichen Sprache mit mir sprechen?« Daraufhin explodiert meine Lehrerin: »Sie sind hier zu Gast!« Bislang vermochten die meisten Menschen in Georgien sehr gut, zwischen russischen

Touristen, die man freundlich behandelte, und der russischen Politik, die man ablehnte, zu differenzieren. Aber diese Differenzierung geht in diesen Tagen verloren, auch weil durch die vielen russischen Emigranten die Miet- und Immobilienpreise in Georgien explodieren.

Während schon am ersten Tag des Überfalls Russlands auf die Ukraine Zehntausende Georgier und Georgierinnen zu einer Demonstration für die

Solidarität mit der Ukraine vor das Parlamentsgebäude zogen, erklärte Premierminister Irakli Garibaschwili: »Georgien beabsichtigt nicht, sich an den Finanz- und Wirtschaftssanktionen zu beteiligen.« Daraufhin gab es wütende Proteste. Zehntausende Menschen forderten in Blau und Gelb getaucht am Folgetag vor dem Parlamentsgebäude den Rücktritt des Premierministers und die sofortige formelle Beantragung der EU-Mitgliedschaft.

Drei Tage später sah die Regierung sich gezwungen, die Demonstrierenden zu erhören: Garibaschwili trat zwar nicht zurück, aber er unterschrieb den Antrag auf EU-Mitgliedschaft – widerwillig?

Die georgische Regierung, geführt von der Partei »Georgischer Traum«, verfolgt

seit dem Machtwechsel vor fast zehn Jahren eine riskante Doppelstrategie: Einerseits schloss der Georgische Traum Abkommen zu EU-Assoziation und Freihandel (2016) und EU-Visafreiheit (2017) ab. Und nun folgt also der Antrag auf EU-Mitgliedschaft. Die Europaflagge flattert neben der georgischen Flagge vor dem Parlamentsgebäude.

Andererseits aber verfolgt die georgische Regierung eine Politik, die sie selbst »Politik der Nichtreizung Russlands« nennt. Mit ihrer Positionierung gegen Sanktionen und mit kritischen Aussagen zur ukrainischen Regierung erheischt sie Applaus aus Moskau. Und die Regierung sichert mit ihrer Verschleppung der Justizreform, ihren Einschränkungen der Pressefreiheit, Wahlmanipulationen, ihrer zensierten Kulturpolitik, ihrer Duldung homophober Ausschreitungen und der Inhaf-

tierung des politischen Hauptgegners, Micheil Saakaschwili, nicht nur ihre Macht. Sie begeht offenbar ganz bewusst Tabubrüche, die einen EU-Beitritt erschweren sollen, denn man hat sich bequem eingerichtet zwischen der EU auf der einen und Russland auf der anderen Seite.

Die internationale Gemeinschaft sollte die schwierige Situation jetzt nutzen, um von der georgischen Regierung entschlossene Reformen einzufordern, und sollte dafür Georgien die Tür für eine Art »Assoziierte EU-Mitgliedschaft« öffnen, bevor es von Russland überfallen und rekolonialisiert werden kann. Denn: Es ist nur eine hauchdünne Membran, die das malerische Tiflis von Butscha und Mariupol trennt.



© Tobias Münchmeyer

Tobias Münchmeyer ist Geschäftsführer des Caucasus Nature Fund (CNF) in Tiflis, einer deutschen Stiftung die zum großen Teil von der Bundesregierung finanziert wird. Er hat 1988-1994 Politikwissenschaft am OSI studiert. Anschließend hat er bei der Heinrich-Böll-Stiftung, im Auswärtigen Amt, in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, und vor allem 20 Jahre lang in der Politischen Vertretung von Greenpeace gearbeitet, bevor er 2020 in den Kaukasus zog.



Die Stärke des Rechts – nicht das Recht des Stärkeren

Um das Völkerrecht und die Hoffnung auf eine friedliche Weltordnung zu schützen, sind momentan Waffenlieferungen nötig. Ein Plädoyer aus Brüssel.

VON HANNAH NEUMANN

1945, nach den traumatischen Erfahrungen von zwei Weltkriegen, haben wir uns Regeln für das Zusammenleben von Staaten gegeben — kodifiziert im internationalen Völkerrecht.

Es soll garantieren, dass Staaten Konflikte miteinander gewaltfrei und entlang bestimmter Regeln austragen, damit es weniger Kriege oder im besten aller Fälle keinen Krieg mehr gibt. Das Internationale Völkerrecht ist damit ein Garant für friedliches Zusammenleben und für eine stabile Weltordnung. Die Stärke des Rechts ist an die Stelle des Rechts des Stärkeren getreten. Aber dieses System funktioniert nur, wenn Staaten sich darauf verlassen können, dass sich alle an dieses Recht halten und dass sanktioniert wird, wer dies nicht tut.

Am 24. Februar 2022 hat Russlands Präsident Wladimir Putin seinen großangelegten Angriff auf die Ukraine begonnen und damit (erneut) das Völkerrecht gebrochen.

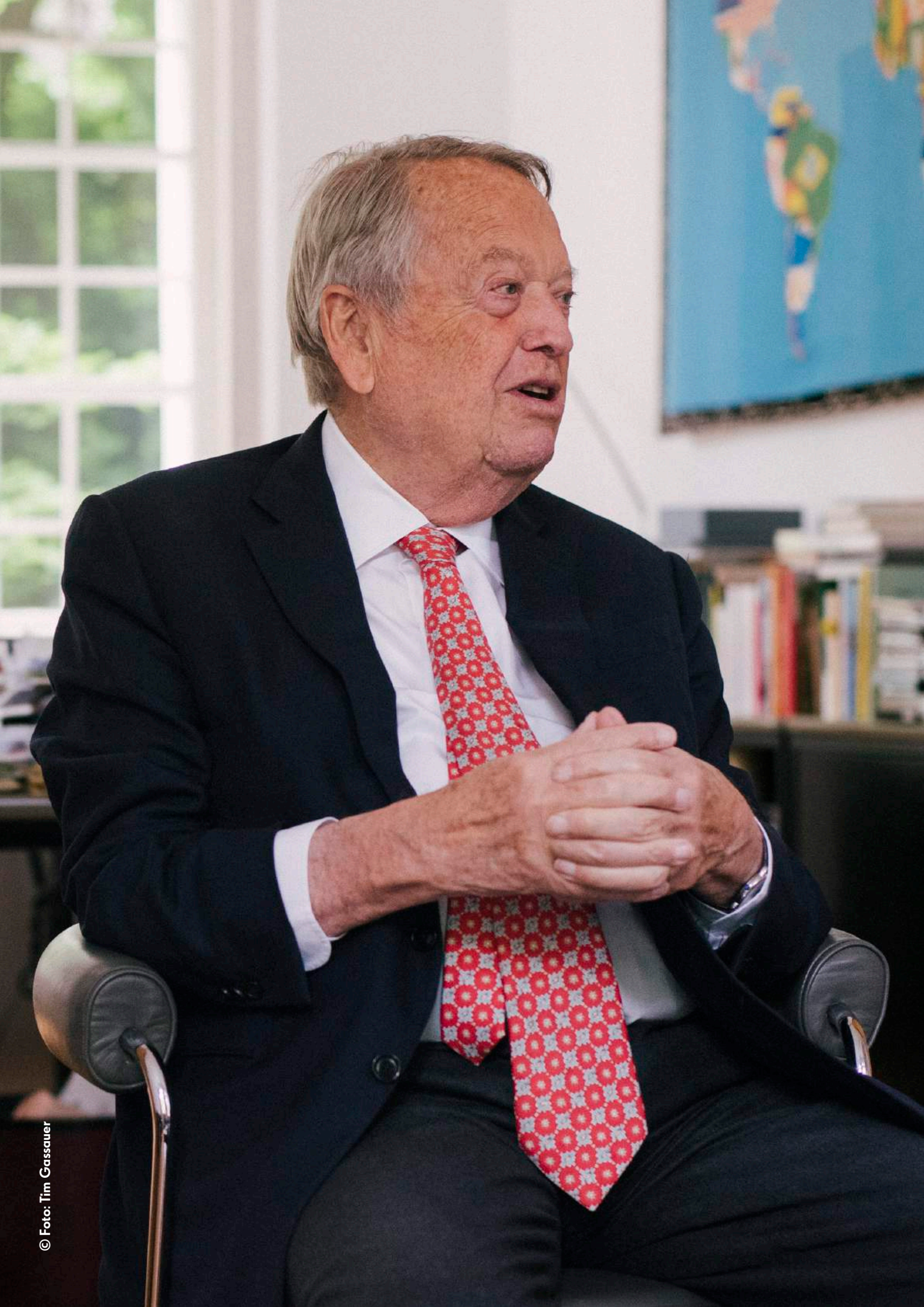
Er missachtet die Souveränität der Ukraine (und das schon seit dem russischen Einfall in die Krim im Jahr 2014), will sie als Staat auslöschen und honoriert Militärangehörige, die furchtbarste Kriegsverbrechen, wie etwa in Butscha, begehen. Das ist ein größtmöglicher Verstoß gegen Völkerrecht.

Eine ganze Reihe von Sanktionen sind von der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und diversen anderen Ländern als Reaktion bereits beschlossen worden, weitere Schritte werden folgen. Dazu gehört auch die Lieferung schwerer Waffen. Insbesondere um diese Entscheidung gibt es hitzige Debatten. Ich halte sie für richtig.

Putin setzt auf das Recht des Stärkeren. Er akzeptiert die grundsätzlichen Regeln des Völkerrechts nicht und will mit Gewalt erzwingen, was er auf anderem Weg nicht erreichen kann. Dieser Ansatz ist nicht nur moralisch falsch, er führt auch ins Chaos, denn die Stärke des

Dr. Hannah Neumann ist Mitglied des Europäischen Parlaments als Teil der Fraktion Die Grünen/EFA und deren friedens- und menschenrechtspolitische Sprecherin. Sie hat von 2008 bis 2013 am OSI mit dem Fokus Friedens- und Konfliktforschung promoviert. Anschließend arbeitete sie für die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, war dann selbstständige Politikberaterin und die Kreisvorsitzende der Grünen in Berlin-Lichtenberg.

(Völker-) Rechts ist konstitutiv für eine friedliche Weltordnung. Wer dieses Recht nicht schützt und denjenigen nicht sanktioniert, der es bricht, leistet dem Recht des Stärkeren Vorschub und verspielt damit auf lange Sicht jede Hoffnung auf eine antimilitaristische Weltordnung. In diesem Falle also können Waffenlieferungen sogar friedensstiftend sein — so absurd das zunächst klingen mag.



Wie politisch ist Marmelade, Herr Oetker?

Der Unternehmer Arend Oetker zu seiner Studienzeit am OSI, Lebensmittellieferungen nach Russland und Fehlern der deutschen Universitäten.

VON MARTIN MÜLLER UND CHRISTIAN WALTHER

Arend Oetker ist mit seinen Kindern Hauptanteils-eigner des Schweizer Lebensmittelherstellers Hero. Die Schwartauer Werke, die heute zu Hero gehören, leitete er über Jahrzehnte. Als Investor hält der Urenkel des Dr.-Oetker-Gründers August Oetker außerdem Beteiligungen in den Bereichen Saatgut und Schifffahrt. Oetker ist eng mit der Kultur- und Wissenschaftsszene verbunden. Er war Präsident des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und bis 2019 auch Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

(DGAP); dazu kamen führende Aufgaben in mehreren Förderkreisen der Kunst, so bei den Freunden der Nationalgalerie oder dem Leipziger Bach-Archiv. In den 60er-Jahren studierte er am OSI.

Wir haben Arend Oetker Ende Mai im Büro seiner Villa in Grunewald getroffen. Über seinem Schreibtisch hängt eine gestickte Weltkarte des Künstlers Alighiero Boetti. Darunter stapeln sich Unterlagen.

OSI-Zeitung: Im Februar hat Russland die Ukraine angegriffen, seitdem herrscht in Europa Krieg. Welche Verantwortung trägt Ihr Unternehmen in der aktuellen Weltlage?

Oetker: Hero, unsere Food-Marke, ist bekannt für Babynahrung (Hero Baby, Semper, Beech-Nut und Organix). Die habe ich jetzt in die Ukraine geschickt, als eine Hilfsaktion über viele Kanäle. In Berlin haben wir eine Firma, Freche Freunde, das ist eine Tochtergesellschaft von Hero. Die produzieren Babynahrung, Toddler-Food — auch darüber haben wir Hilfe geschickt. Dann habe ich dabei geholfen, medizinische Geräte und Medikamente zu schicken. Ich habe also mehrere Aktionen gemacht, um etwas in die Ukraine zu liefern – übrigens meistens über die Slowakei, das ist deutlich leichter. Man muss natürlich wissen, wer das macht und dass es wirklich ankommt. Das darf nicht in falsche Hände geraten.

Laufen die Aktionen über Hero oder bezahlen Sie das aus eigener Tasche?

Beides.

Bereits am 10. März hat der Lebensmittelkonzern Hero die Lieferung der meisten Produkte nach Russland eingestellt. »Wir haben mit dem Export von nicht lebenswichtiger Nahrung aufgehört (Corny, Marmelade). Wir liefern weiterhin lebenswichtige Babynahrung und Babymilch«, teilte Hero der OSI-Zeitung Ende Juni mit.

Ist das Russland-Geschäft von Hero auf Eis gelegt?

Nein, das kann ich nicht sagen. Babynahrung verkaufen wir da. Russland ist ja auch kein Kriegsgebiet: Das darf man nicht herunterfahren. Das ist humanitäre Notwendigkeit. Man muss Putin und das russische Volk unterscheiden. Putin ist ein Kriegstreiber.

Wie politisch ist Marmelade, Herr Oetker?

Nicht politisch.

Es geht dabei auch um die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland. Ist Marmelade eine Waffe?

Nein.

Ist Marmelade sanktionsfähig?

Nein, sehe ich nicht. Sie müssen Nahrungsmittel ausnehmen von allem anderen, von Waffen sowieso.

Dann gibt es Unternehmen wie McDonald's, die haben ihre Läden in Russland geschlossen. Es gibt ja eine Diskussion, die auch die Mode und andere Dinge, die nicht unbedingt kriegsbezogen sind, einbezieht. Was waren ihre Motive, zu sagen, »wir liefern weiter«?

Nahrungsmittel sind zum Überleben der Bevölkerung notwendig. Und deshalb mache ich da einen Unterschied, auch zu Kleidung – zwischen Nahrungsmitteln und Nicht-Nahrungsmitteln. Und da würde ich sagen, Waffen: Geht gar nicht. Dual-Use: Geht auch nicht. Bei manchen Dingen ist es eine Grauzone, das gebe ich zu. Aber bei Nahrungsmitteln würde ich sagen: Geht. Aber natürlich ist Mehl notwendiger als Marmelade. Das größere Problem sind die Folgen des Kriegs für andere Länder: Vom ukrainischen Weizenexport lebt Ägypten. Diese Abhängigkeit ist das Problem. Putin nutzt die Nahrungsmittel als Kriegsinstrument. Ein Verbot des Exports — das ist sehr ernst zu nehmen. Aber man muss auch die Zeit danach im Kopf haben. Irgendwie müssen wir langfristig nach der Krise auch wieder anders denken, das Verhältnis zur russischen Bevölkerung wieder so herstellen, dass es einen Austausch gibt — zu beider Nutzen. Daran denke ich auch in dieser Krise, nicht nur ans Verdammen von Putin.

»Die wirtschaftliche Schiene war der Weg zur Annäherung«

Wie können Unternehmer Putin dann entgegengetreten?

Unternehmer können da nichts machen. Das muss schon auf Regierungsebene passieren. Ich zitiere mal Ursula von der Leyen aus der Frankfurter Allgemeinen von heute: »Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen.« Leicht gesagt, aber wie? Seit drei Monaten ist Krieg, und wie er enden soll, weiß keiner. Die Unzufriedenheit der Jugend mit Herrn Putin ist da — aber ich kann mir nicht vorstellen, wie. Und wenn Medwedjew zurückkäme: Der ist ein noch radikalerer Mensch.

Der Unternehmer Otto Wolff von Amerongen war ihr Schwiegervater. Sein Name steht für die Ostpolitik der deutschen Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg, beginnend in den 50er-Jahren und später weiterentwickelt. Der Ost-Ausschuss war auch eine Stütze der neuen deutschen Ostpolitik der 70er-Jahre. Haben die Wirtschaftslenker einen Fehler gemacht?

Der Ost-Ausschuss ist 1952 von meinem damaligen, verstorbenen Schwiegervater Otto Wolff gegründet worden: Um für China, genauso wie für Russland, die Beziehungen in Richtung Osten überhaupt wieder aufzubauen. Die wirtschaftliche Schiene war der Weg zur Annäherung, zur Wiederannäherung, nach dem zweiten Weltkrieg. Und das hat eigentlich ganz gut geklappt. Der Fehler, der vielleicht von allen gemacht wurde, ist zu glauben, dass man sich von einem Lieferanten abhängig machen kann. Das ist das, was ich als Fehler bezeichnen würde: Gas von einem Lieferanten.



© Foto: Tim Gassauer

Mit Blick in die Welpresse: Arend Oetker (links) teilt seine Sorgen, um Ägyptens Abhängigkeit von russischem Weizen mit Martin Müller (mitte) und Christian Walther (rechts).

Was muss Politische Wissenschaft nach Beginn dieser Krise anders machen?

Ich glaube, die Risikobetrachtung: Das, was wir als Risk Management im Bankenbereich kennen. In dieses Thema muss die Forschung vertieft hineingehen. Wie kann man Risiken minimieren? Da sollte man mehr Zeit und mehr Geld reinstecken, weil das offensichtlich unterbewertet war. Und zwar langfristig, nicht nur momentan, und nur weil es jetzt den Krieg gibt. Das ist einfach die Lehre dieses Krieges.

Gilt es somit auch, wirtschaftswissenschaftliche Ansätze stärker einzubeziehen?

Richtig. Man kann nicht alle Eier in einen Korb legen. Es ist einfach wahnsinnig wichtig, dass man nicht total abhängig wird. Das ist lebensgefährlich. Und dieses Thema, das ist völlig unterbelichtet gewesen. Man hat einfach blind vertraut — und das war falsch.

Wir haben in den Medien in den letzten Wochen sehr, sehr viele Experten aus der DGAP gesehen und gehört. Von den Universitäten vergleichsweise wenig. Haben sich die Unis falsch aufgestellt?

Ja, das sehe ich so.

Sollten die Universitäten, gerade auch die politikwissenschaftlichen Fakultäten, mehr zum Thema Sicherheitspolitik machen? Auch da ist ja auffällig, dass die deutschen Universitäten wenig aussagekräftige Strategie-Experten haben.

Wir haben die Friedensdividende falsch benutzt. Wir haben gedacht, es gibt ewigen Frieden. Aber wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt, dann gibt es eben keinen Frieden mehr. Und in dieser menschlichen Tragödie, die wir gerade erleben, rächt sich das nun. Jetzt sehen wir aus der Wissenschaft andere aus allen Ländern der Welt. Da ist an der Universität wenig. Die Stellen wurden alle abgebaut oder nicht wieder besetzt. Das war falsch.

Führt der Krieg für Sie auch zu einem anderen Blick auf China?

Das größere Problem ist nicht Russland, das größere Problem ist China – und zwar die Abhängigkeit. Denken Sie an die deutsche Industrie, an die Autos. Stellen Sie sich vor, wir würden keine Autos mehr nach China exportieren können. Dann wären wie viel Prozent der Arbeitsplätze weg? Die Dimension ist noch ungleich größer. Wir sind in hohem Maße von China abhängig.

Herr Biden fliegt jetzt nach Japan und nach Südkorea. Wir müssen sehen, dass wir diese Länder mehr an uns binden als China. Wir müssen sehen, dass wir den Export nach Japan, Südkorea und Indonesien — um drei Länder herauszugreifen — fördern und nach China reduzieren.

Ist es nicht ein Automatismus, dass Deutschland, Frankreich, Italien perspektivisch aus diesen Märkten verdrängt und durch chinesische und indische Anbieter ersetzt werden?

Das ist nicht zwangsläufig so. Zu uns gehört eine Reederei, die TT-Line. Wir haben ein Schiff in Shanghai bestellt, die Lieferung verzögert sich. Ich nehme mal dieses Schiff: Die Technik dafür kommt im Kern aus Deutschland, die Motoren werden dann zum Beispiel von MAN geliefert. Da sind die Chinesen technisch nicht fähig zu. Nicht, dass die das nicht könnten — das ist immer eine Frage des zeitlichen Vorsprungs. Man muss eben immer einen Schritt früher und innovativer sein als die Konkurrenz. Das ist ein ewiger weltweiter Verteilungskampf. Den wird es auch immer geben. Also muss man sehen, dass man innovativ bleibt.

Hat die deutsche Industrie diesen Vorsprung überhaupt noch?

In Teilen ja. Unter den Hidden Champions, die es hierzulande gibt — kleine Firmen, meist familiengeführt — sind viele einfach innovativer als der Rest der Welt. Das ist die eigentliche Stärke Deutschlands: Der Mittelstand, in Familienhand.

Der Schutz von Diversität und Artenvielfalt ist Ihnen offenbar ein Anliegen. Diese Güter sind durch die Klimakrise direkt bedroht. Aus Sicht eines Unternehmers: Müssen wir uns einschränken, um Diversität zu erhalten? Müssen wir verzichten?

Diversität und Artenschutz sind wahnsinnig wichtig. Wir müssen aber auswählen. Wir müssen vielleicht auf manches verzichten, aber dafür bekommen wir etwas anderes. Das Wort Verzicht ist immer negativ besetzt. Warum soll ich auf etwas verzichten? Wir müssen sehen, dass wir die positiven Dinge herausstellen — die Stärken stärken. Deshalb muss man auswählen, nicht verzichten.

2010 haben Sie mit 39 anderen Prominenten den Energiepolitischen Appell unterzeichnet. Darin forderten Sie, die Laufzeiten von Atomkraftwerken zugunsten der Energiesicherheit zu verlängern. Würden Sie das heute wieder unterschreiben?

Das würde ich ganz genauso wieder machen, wenn es sicherheitstechnisch noch ginge. Man kann sich nicht von einer Energieressource total abhängig machen — und wir sind abhängig. Man kann nicht alle Eier in einen Korb setzen. Das hat mein Onkel, Rudolf-August Oetker, immer gesagt. Das kann man nicht machen: Weder im Absatz, noch im Einkauf. Das geht nicht.

»Das Wort Verzicht ist immer negativ besetzt.«

Die deutschen Atomkraftwerke gehören zu den sichersten, die es gibt. Alle anderen um uns herum sind unsicherer. Wir können doch nicht aus Frankreich Atomenergie beziehen, die eigentlich unsicherer ist als unsere eigene. Es war ein Fehler, auch von Angela Merkel, nach Fukushima zu sagen, es geht auf jeden Fall raus. Die Schweizer haben das besser gemacht: Mit einem Phasing-out. Ja raus, aber in Stufen.

Was kommt Ihnen in den Kopf, wenn Sie ans OSI denken?

Als ich am OSI studierte – es waren nur zwei Semester – kam ich aus Hamburg. Da hatte ich gerade dieses Heft hier, »4 Daten«, mitherausgegeben (zeigt ein Exemplar der 1962 erschienenen Publikation zu vier Daten der deutschen Geschichte: *Machtergreifung, Hitlerattentat, 17. Juni, Mauerbau*). Das war vor 60 Jahren. Ich war sozusagen der Verleger, Chefredakteur war Claus Großner. Ich war also immer politisch sehr interessiert und habe deshalb nicht nur Betriebswirtschaft, sondern auch Politische Wissenschaft studiert, speziell am OSI. Und da habe ich wirklich tolle Lehrer gehabt.

Das war '62, '63?

Richtig. Richard Löwenthal: Der sprach wie gedruckt, eine beeindruckende Person für mich. Das OSI war zu dieser Zeit, vor der Studentenrevolution, ein Platz, wo sich sehr viele linke Leute trafen. Das war ich natürlich nicht, ich war nie links in meinem Leben, ich war konservativ und liberal, aber nie links. Wegen dieser Publikation wurde ich sogar ins Studentenparlament gewählt – ich glaube insofern unter falschem Verdacht, ich wäre Linker (*lacht*). Dann habe ich die berühmte Rede von Kennedy am Schöneberger Rathaus gehört und die zweite auch, vor dem AudiMax der FU. Also, dieses Jahr war enorm beeindruckend für mich.

Wie haben Löwenthal und die Erfahrung am OSI Ihr Leben beeinflusst?

Ich habe danach immer versucht, frei zu sprechen. Das konnte Löwenthal, der hat nichts abgelesen, gar nichts. Löwenthal hatte alles im Kopf, und hinterher hätten Sie das drucken können. Nicht die Verfertigung der Gedanken beim Reden, wie Heinrich von Kleist sagt, sondern eigentlich vorgedacht, schon fertig, und dann ausgesprochen: So war Löwenthal. Und das hat mich sehr beeindruckt. Hinterher habe ich immer frei gesprochen.



Von Löwenthal habe ich gelernt, mich frei zu äußern: Bei Betriebsversammlungen nicht abzulesen. Da muss man sich natürlich gedanklich vorbereiten. Ich hatte mir vorher oft einen Zettel gemacht, dann aber nicht genutzt, während ich redete.

60 Jahre nach Ihrem eigenen Studium am OSI: Was würden Sie Studierenden heute raten, was sie während des Studiums unbedingt machen müssen?

So zu studieren, dass man seine Fähigkeiten flexibel ausprägt und sagt: Ich kann mich ändern. Man kann nicht darauf setzen, dasselbe, was man jetzt macht, noch in zehn Jahren zu machen. Und deshalb muss ich die Fähigkeit haben, mich zu ändern. Lebenslang lernen, das ist eine Realität.

**Herr Oetker,
wir danken Ihnen für das Gespräch.**



Studieren ist einfach.



berliner-sparkasse.de/student

Wenn Sie sich um die finanziellen Dinge während des Studiums keine Gedanken machen müssen.

Wenn's um Geld geht
 **Berliner
Sparkasse**



»Es gehört dazu, auch mal zu straucheln«

Bundesfamilienministerin Lisa Paus über das Otto-Suhr-Institut, ihre feministische Motivation und die Zeitenwende in ihrem Ministerium.

VON FINJA SCHÜRMANN

OSI-Zeitung: Welche Erinnerungen haben Sie ans Otto-Suhr-Institut?

Paus: Ich habe viele gute Erinnerungen an die Zeit im Otto-Suhr-Institut. Vor allem sind mir die lebendigen, kontroversen und anspruchsvollen Diskussionen im Gedächtnis geblieben. Ich war begeistert, endlich unter Menschen zu sein, die die komplexe politische Wirklichkeit verstehen wollten. Solche kritischen Diskussionen hatte ich in meinem anderem, ersten Studienfach Volkswirtschaft vermisst. Für mich hat mit dem zusätzlichen Studium der Politikwissenschaften und der Zeit am OSI ein sehr wichtiger Studienabschnitt begonnen. Hausarbeiten habe ich de facto erst am OSI gelernt. Ich empfand das Studium dort auch als viel wissenschaftlicher. Von daher kann ich nur bestätigen, dass es keinen Grund für Politikwissenschaftler:innen gibt, Minderwertigkeitskomplexe gegenüber anderen Studiengängen zu haben.

Vom OSI ins BMFSFJ - ins Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend - wie sind Sie in die Politik gekommen und warum in diesem Haus gelandet?

Ich bin wirklich aus feministischer Motivation in die Politik und eben deshalb zu den Grünen gegangen. Meine Erfahrungen in der sehr männlich dominierten Branche Maschinenbau – meine Eltern hatten ein Maschinenbau-Unternehmen – war, dass Frauen nicht gerecht behandelt werden. Dass dasselbe Fachwissen und dieselbe Argumentation nicht ernst genommen werden, wenn eine Frau sie ausspricht.

Und um diesen strukturellen Sexismus zu bekämpfen, braucht es nicht nur Umdenken sondern auch gesetzliche Regelungen. Dafür wollte ich mich in der Politik einsetzen und deshalb finde ich es natürlich wunderbar, dass ich jetzt das zentrale Ministerium für Gleichstellung leite. Ich brenne für soziale Gerechtigkeit und bin auch deshalb Architektin der Kindergrundsicherung geworden. Sie ist jetzt das zentrale Projekt der Ampelkoalition im gesellschaftlichen Bereich. Die Umsetzung ist zugegeben nicht ganz einfach – fast 150 soziale Leistungen müssen zusammengelegt und entbürokratisiert werden, sechs Ministerien sind beteiligt. Da ist mein finanzpolitischer Hintergrund durchaus hilfreich. Meine Partei vertraut mir, dass ich die Kindergrundsicherung gut um- und durchsetzen kann.

Kritiker sagen, dass Sie wegen Proporz und Parität in Ihr neues Amt gewählt wurden. Was entgegnen Sie ihnen?

Auch schon Konrad Adenauer hat in seinem Kabinett genau darauf geachtet, ob Protestanten oder Katholiken, Süddeutsche oder Norddeutsche, linker und rechter Flügel angemessen repräsentiert sind. Das ist ein durchaus bewährtes Mittel der Integration und um innerparteilichen – oder -koalitionären Konflikten zu begegnen, weil die unterschiedlichen Interessen von vornherein mitgedacht werden. Diverse Teams sind produktiver. Dass die Hälfte der Macht den Frauen gebührt, war unter

Adenauer bekanntlich noch nicht Standard — in unserem Ampelkabinett 70 Jahre später ist es jetzt endlich soweit. Gleichstellung ist wichtig — um sie durchzusetzen, bin ich in die Politik gegangen.

Wie sieht die von der Regierung angekündigte Zeitenwende im BMFSFJ aus?

Wird das BMFSFJ in Anbetracht der aktuellen, internationalen Krisen übergangen?

Ich glaube, allen ist klar, dass das nicht passieren darf. Gerade jetzt in der Krise geht es doch darum, die Widerstandskraft der Gesellschaft zu stärken – und den sozialen Zusammenhalt neu zu beleben. Neben der Kindergrund-sicherung und der Gleichstellung ist mir die Förderung von Demokratie sehr wichtig. Dazu gehört auch Bewusstsein zu schaffen, wie stark rassistisches Denken immer noch in unser aller Köpfen verankert ist. Auch deshalb sind Aktivitäten wichtig, die das Gefühl von Gemeinsamkeit in der Bevölkerung wiederbeleben.

Mein Ministerium hat hier gerade mit dem »Kompetenznetzwerk Einsamkeit« ein hochinteressantes Projekt gestartet. Einsamkeit scheint mir in westlichen Industriegesellschaften eine Seuche zu sein. Sie betrifft häufig Seniorinnen und Senioren, aber nicht nur. Auch viele junge Menschen schaffen es nicht, sich anderen zu öffnen und echte Beziehungen aufzubauen. Das ist gerade in der Pandemie deutlich geworden. Hier soll das Kompetenznetzwerk Einsamkeit unterstützen. Was uns als Ministerium an der Zeitenwende durch Putins Angriffskrieg direkt betrifft, ist die Integration von Geflüchteten aus der Ukraine.

Natürlich ist es zentral, die Integration der Kinder und Jugendlichen gut hinzubekommen. Viele Ukrainer:innen, die zu uns kommen, sind gut qualifiziert — aber die Anerkennung ausländischer Abschlüsse hinkt hinterher. Ich finde: Da muss deutlich mehr gehen. Darüber will ich kurzfristig mit meinen Kolleg:innen auf Bundes- und Länderebene sprechen.

»Einsamkeit scheint mir in westlichen Industriegesellschaften eine Seuche zu sein.«

Was wollen Sie den aktuellen Studenten am OSI mit auf den Weg geben?

Ich würde ihnen raten, das Studium wirklich zu nutzen, um Ideen zu durchdringen und sich mit Gleich- und Andersdenkenden auszutauschen. Und sich Hilfe zu holen, wenn man mit Aspekten des Studiums nicht zurechtkommt. Ich habe beispielsweise meine Diplomarbeit erst im zweiten Anlauf geschafft — und das lag nicht nur daran, dass ich nebenbei schon viel Politik gemacht habe. Eine Beratung und fachliche Begleitung hat mir dann geholfen, ein paar Denkblockaden aufzulösen. Daraus habe ich sehr viel für meine weitere berufliche Laufbahn gelernt: Es gehört dazu, auch mal zu straucheln, und es gibt Menschen, die dabei helfen, wieder aufzustehen und weiter zu machen.

Lisa Paus ist seit April 2022 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie studierte von 1988 bis 1999 Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Während ihres Studiums trat sie 1995 Bündnis 90/Die Grünen bei, wo sie seitdem unterschiedliche Posten innehat. Von 1999 bis 2009 war sie Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Seit 2009 gehört sie dem Bundestag an.



Unauffällig von Beruf

Warum Unauffälligkeit ein hohes Gut und der BND kein Geheimdienst sei –

Ein Besuch beim Bundesnachrichtendienst und ein Gespräch mit dem OSIner Toni Ramlow

VON COLIN IVORY MEYER

Wenn man von Süden aus über die Chausseestraße in Berlin-Mitte läuft, dann sieht man rechts Wohnhäuser und ein paar gemächliche kleine Cafés, links macht sich das zweitgrößte Gebäude Berlins breit: die Zentrale des Bundesnachrichtendienstes. Es reiht sich ein in den rasterlastigen und gleichförmigen Stil von vielen Neubauten in dem Stadtteil. Doch hinter der behördlichen Ödnis verbirgt sich eine Sicherheitsarchitektur, die undurchdringbar sein soll. Die braune Skulptur im Innenhof konterkariert die staatliche Strenge, verpflichtende »Kunst am Bau«. Das Kunstwerk von Stefan Sous »gibt als fremdes, unergründliches Ding einen subtilen Hinweis auf die Funktion des BND«, schreibt das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung auf seiner Website. Dass die Adjektive fremd und unergründlich die Arbeit einer staatlichen Institution andeuten sollen, hört sich fast nach *deep-state*-Verschwörungstheorien an. Als ich das Torhaus Nord des Gebäudes betrete, stehe ich zuerst vor einer hohen granitfarbenen Wand, auf der das silberne Logo des Bundesnachrichtendienstes angebracht ist. Über eine Treppe kommt man zum Empfang. Hinter einem Bildschirm, auf dem in Weiß auf Grün »Gefährdungstufe: Grün« steht, sitzen zwei Pförtner mittleren Alters und essen Kuchen auf rechteckigen Papptellern.

Durch die Sicherheitsschleuse

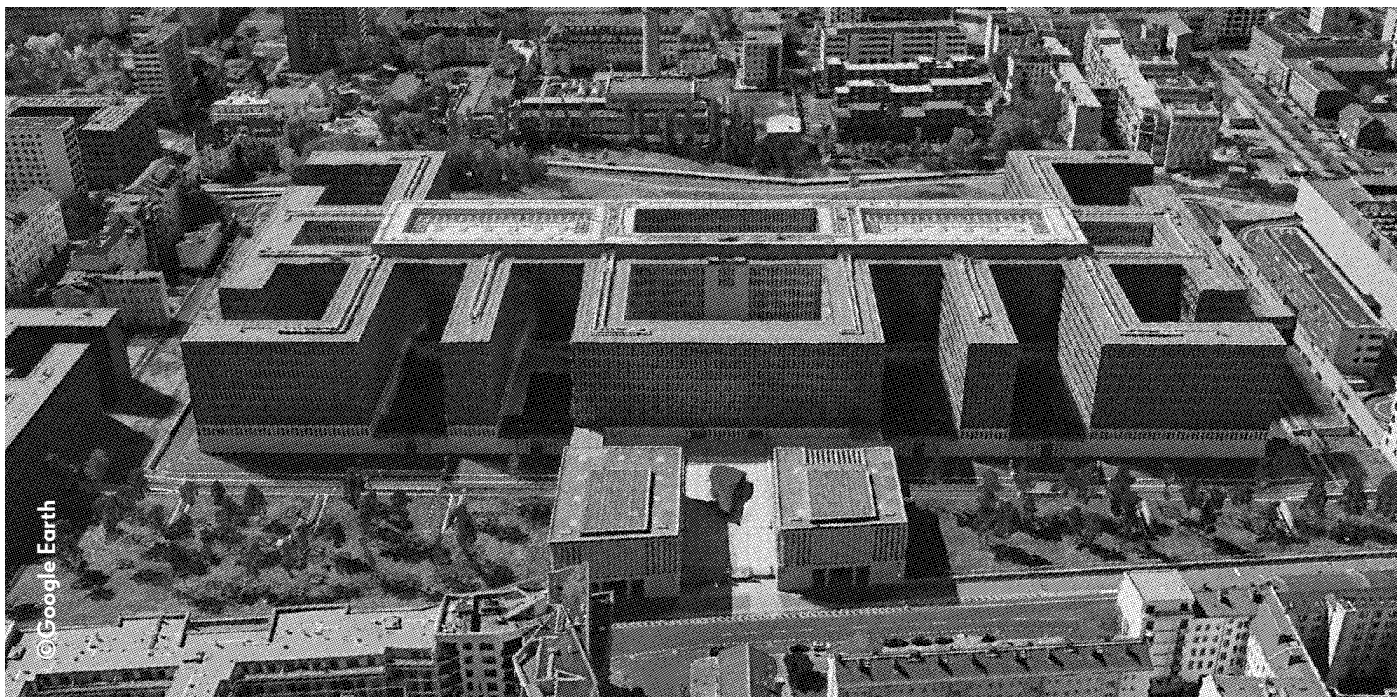
Ich werde aufgefordert, meinen Ausweis vorzulegen und alle elektronischen Geräte in einem Schließfach wegzuschließen. Es wird kurz diskutiert, wie ich ohne Handy das Gespräch aufzeichnen soll, der ältere Pförtner beendet den

Wortwechsel in behördlicher Manier: »Dit muss beantragt werden«. Im Wartebereich treffe ich kurz darauf Isabelle Kalbitzer, Pressesprecherin des BND und meinen Gesprächspartner, dessen Namen ich erst erfahre, als er meine Hand schüttelt und sich vorstellt: Toni Ramlow, Teamleiter Öffentlichkeitsarbeit. Sie führen mich durch die Sicherheitsschleuse. Dann zu den Konferenzräumen »Norddeutschland«, die im Nordflügel des Gebäudes angesiedelt sind. Wir passieren den Raum Rostock — die Stadt, in der Ramlow seinen Bachelor gemacht hat — und lassen uns im Raum Kiel nieder. Hier gibt es nichts, das auffällt.

Man blickt aus den hohen, schmalen Fenstern auf die rasterförmige Fassade des Hauptgebäudes gegenüber. Von links lächelt Bundespräsident Steinmeier auf uns herab. Unter dem Bild stehen die deutsche und die europäische Flagge.

»Sich langweilig machen«

Toni Ramlow ist ein unauffälliger Typ Ende dreißig, der Prinz William ein wenig ähnelt. Nach seinem Bachelor machte er im Willy-Brandt-Haus Wahlkampf für die SPD. 2009 kam er ans OSI, um den Master Politikwissenschaften zu studieren. Parallel arbeitete er im Bundestagsbüro von Frank-Walter Steinmeier. Seit 2017 ist er Teamleiter Öffentlichkeitsarbeit beim Bundesnachrichtendienst. Gleichzeitig schreibt er bei OSI-Professor Dieter Ohr seine Dissertation über Plakatwahlkämpfe. Nach eigener Aussage ist er einer von nur zehn bis fünfzehn Menschen beim BND, die offen über ihre Arbeit sprechen dürfen. Ramlow sagt, er rede



Das BND-Gebäude. Im Vordergrund unten von links nach rechts verläuft die Chausseestraße.

heute stellvertretend für die »Reihe an OSI-Alumni«, die es beim BND gebe, mit mir.

Das Gros der Mitarbeiter beim BND werde nie einem Journalisten gegenüber sitzen oder auf einer Feier stolz von seinem Job erzählen. Unauffälligkeit ist ein hohes Gut. »Unser Hacker« sagt Ramlow, »erzählt immer, dass er in einer Verwaltung in der IT arbeitet, und wenn jemand nachfragt, behauptet er, er richte Drucker ein.« Es ginge dabei immer um den »Schutz der Mitarbeiter und den Schutz des Dienstes«, betont Ramlow. »Wir wollen ja nicht, dass irgendwann internationale Waffenhändler, die wir auszuforschen versuchen, bei unseren Leuten am Gartenzaun stehen.« Natürlich sei es eine Belastung, privat nicht über seinen Job reden zu können. Um unangenehme Fragen zu vermeiden, sollen sich BNDler möglichst »langweilig machen«. Wer von der Uni kommt und beim BND eine Ausbildung anfängt, spricht eben von einer »Verwaltungsausbildung«.

Alkoholsucht oder Spielschulden?

Ich frage Ramlow nach seinem ersten Tag beim BND, damals noch in Diensträumen am

Gardeschützenweg in Lichterfelde, die übrigens nach dem großen Umzug nach Mitte weiter genutzt werden. Er sei überwältigt und stolz gewesen, es nach den schier endlosen Sicherheitsüberprüfungen endlich geschafft zu haben, sagt Ramlow. Die Sicherheitschecks sind die strengsten im deutschen Staat. Sie sollen von etwaiger Alkoholsucht und Spielschulden über psychische Stabilität bis zu einem möglichen politisch extremistischen Hintergrund alles über die Bewerber herausfinden. Drei Gespräche mit Referenzpersonen zu je eineinhalb Stunden seien Standard. Zum BND kam Ramlow eher zufällig, nachdem er am Rande des NSA-Untersuchungsausschuss den Pressechef des BND kennengelernt hatte. Als Kalbitzer und Ramlow 2017 anfangen, hatte der BND keine vollständige Kommunikationsstrategie. Seitdem sei einiges passiert, sagen beide. Trotzdem bleibt der BND in der Öffentlichkeit ziemlich unauffällig, vor allem im Vergleich zu ausländischen Diensten, die im Zuge des Ukraine-Kriegs immer wieder in den Medien zitiert werden. Ramlow kontert, dass es gar nicht die gesetzliche Aufgabe des BND ist, die Öffentlichkeit zu informieren. Ein Blick in Paragraph 65 des BND-Gesetzes bestätigt das.

Dort steht folgender Satz: »Der Bundesnachrichtendienst kann die Öffentlichkeit über Erkenntnisse informieren, [...]«. Er tut es vergleichsweise selten. Die eigentlichen Abnehmer für BND-Informationen sind das Bundeskanzleramt, Ministerien, der zuständige Ausschuss des Bundestages und auch die Bundeswehr, denn der BND ist zugleich der militärische Nachrichtendienst der Bundesrepublik.

»Auch unser Gespräch hat seine Grenzen«

Beim BND ist eine riesige Vielfalt an Qualifikationen anzutreffen, sagt Ramlow: »Es gibt nichts, was es nicht gibt.« Von 450 verschiedenen Berufen ist die Rede, die die rund 6.500 Beschäftigten an den Standorten in Deutschland sowie den offiziellen Büros im Ausland, den sogenannten Residenturen, ausüben. Anders als bei den Inlandsnachrichtendiensten — Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst — ist die zentrale Aufgabe des BND die Aufklärung im Ausland. Dabei kooperiert man mit ausländischen Nachrichtendiensten, vor allem den Diensten der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, Großbritanniens und Israels.

Ramlow weist darauf hin, dass der BND kein »Geheimdienst« sei, der eine unliebsame Regierung stürze. Sein Auftrag sei einzig das Sammeln und Auswerten von Informationen. Das könne in »Krisenländern« sehr gefährlich sein, sagt Ramlow. In den letzten Jahren ist allerdings kein einziger Todesfall während eines Auslandseinsatzes öffentlich bekannt geworden. »Wir sind ein sehr vorsichtiger Dienst«, stellt er klar. Wenn man über den Marktplatz in Kabul lief, dann müsse man sehr diskret sein: »Weniger James Bond und keine schnellen Autos.«



Das BND-Logo im Eingangsbereich eines der beiden vorgelagerten Torhäuser.

Ramlow unterstreicht: »Wir arbeiten nach Recht und Gesetz.« Vor allem aber betont er, dass er über den heutigen BND spreche. Also nicht den aus den 50er und 60er Jahren, den der Wehrmachtsgeneral Reinhard Gehlen aufgebaut und bis 1968 geleitet hatte. Man merkt Ramlow an, dass er schon seit Jahren in der Öffentlichkeitsarbeit tätig ist. Seine Worte sind präzise gewählt, ohne gestelzt zu wirken. Wenn Fragen zu konkret werden, dann lächelt er verschmitzt, zieht die Schultern hoch und sagt: »Auch unser Gespräch hat seine Grenzen.«

Nach einer guten Stunde endet unser Besuch. Ich verabschiede mich von Kalbitzer und Ramlow. Trete durch die Sicherheitsschleuse hindurch und heraus aus der sonderbaren Welt hinter der Schleuse — in der Unauffälligkeit eine Qualität und Geheimhaltung die Grundlage sind. Ich gehe auf die andere Straßenseite und bestelle einen Cappuccino.



Wider das Leben in der Wartehalle

Die Berliner Integrationsbeauftragte Katarina Niewiedzial kümmert sich um die Eingliederung von Flüchtlingen und Zuwanderern

VON CHRISTIAN WALTHER

Die erste Integrationsbeauftragte Berlins — damals noch unter dem Titel »Ausländerbeauftragte« — war Barbara John, übrigens auch OSI-Absolventin. Sie wurde damals teils liebevoll, teils despektierlich »Türken-Jule« genannt, weil ihre Kernzielgruppe im eingemauerten West-Berlin

die türkischen Arbeitsmigranten waren - damals noch zumeist als »Gastarbeiter« bezeichnet. Aktuell verschiebt sich der Fokus nach Osteuropa: Nach dem Überfall auf die Ukraine strömen Ukrainer, aber auch oppositionelle Russen nach Berlin.

OSI-Zeitung: Sind Sie, ist Ihr Haus auf die neuen Herausforderungen seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine eingestellt?

Niewiedzial: Heute ist die Flucht aus der Ukraine sehr präsent in der täglichen Arbeit. Nach Beginn des Angriffskriegs haben innerhalb von nur drei Monaten mehr als 100.000 Menschen Schutz in Berlin gefunden und damit eine neue Heimat — dauerhaft oder nur vorübergehend.

Aber natürlich konzentriert sich unsere Arbeit nicht nur auf diese Menschen. Die größte Zuwanderungsgruppe ist nach wie vor die Gruppe der EU-Bürger:innen. Nach 2015/16 hat Berlin zahlreiche Menschen aus Syrien, aus dem Iran oder auch aus Eritrea aufgenommen. Es gibt ein Landesaufnahmeprogramm Libanon, und mit der Machtübernahmen der Taliban ist Berlin auch für Geflüchtete aus Afghanistan da. Es ist wichtig, alle diese Menschen möglichst gleich zu behandeln — trotz unterschiedlicher rechtlicher Voraussetzungen. Das Gefühl von Ungleichbehandlung zwischen den Communities schafft unnötige Konflikte. Das sehen wir gerade in der Debatte um die Geflüchteten aus der Ukraine.

Zudem funktioniert eine gute Integrationspolitik nur, wenn sie aus einem Guss kommt. Handlungsfelder wie Sprache, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Arbeit müssen daher miteinander verzahnt werden, weil sie sich gegenseitig bedingen.

»Es ist wichtig, alle diese Menschen möglichst gleich zu behandeln«

Bei Kriegsflüchtlingen stellt sich oft die Frage, ob eine Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt nicht eine Begünstigung des Braindrains darstellt, also des Abzugs von Fachkräften aus dem Heimatland. Wie gehen Sie mit dieser Zweischneidigkeit um?

Die Erfahrung zeigt, dass es positive Effekte hat, wenn Menschen möglichst von Beginn an am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Arbeiten, um für sich selbst zu sorgen, gehört unbedingt dazu. Viele verstehen nicht, warum wir ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt so schwermachen. Entweder weil wir es nicht von Anfang an erlauben oder weil wir häufig ihre guten Qualifikationen nicht anerkennen. Das Ergebnis ist entweder ein Leben in der Wartehalle oder eine prekäre Beschäftigung.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung und den Arbeitskräftemangel in Deutschland ist Einwanderung zum zentralen Handlungsfeld für die Politik geworden. Nur wenn die ankommenden Menschen auch eine dauerhafte Perspektive mit qualifizierter Arbeit sehen, werden sie auch bleiben. Ob Zuwanderung auch einen Braindrain begünstigt? Zunächst schon. Das Phänomen, das wir weltweit erleben, hat durchaus auch positive Rückkopplungseffekte: Viele Menschen migrieren, um ihre Familien in der Heimat zu unterstützen oder auch um vor der Unterdrückung im Herkunftsland zu fliehen. Nur durch die Rücküberweisungen halten sich die Familien in den Herkunftsländern über Wasser.

Trotzdem bleibt die Frage, wie die negativen Effekte auf die Länder abgefedert werden können. Hier gibt es viele spannende Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit, die das Thema berücksichtigen. Das Phänomen erleben wir aber auch in Europa: Die europäische Freizügigkeit ermöglicht eine freie Wahl des Arbeitsortes, sorgt aber auch für Konkurrenz unter den Regionen.

Das merken wir auch in Berlin. In den letzten Jahren während der Pandemie hat Berlin viele qualifizierte EU-Bürger:innen wieder verloren, die mit ihrer Situation hier nicht zufrieden waren und in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind.

Wie war Ihr Weg vom OSI zur Integrationsbeauftragten?

Mein Studium am OSI hat mich direkt ins Büro der Integrationsbeauftragten befördert. Ich habe am OSI Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Europäische Integration studiert. Während der Semesterferien half mir mein

Professor einen Praktikumsplatz zu finden. Den habe ich auch beim Senat erhalten, doch durch ein Missverständnis ging es bei dem Praktikum nicht um Europäische Integration, sondern um gesellschaftliche Integration von Zugewanderten.

Als gebürtige Polin und Politikstudentin war ich von Beginn an fasziniert zu sehen, welche Anstrengungen der Staat unternimmt, um das Ankommen und ein gutes Leben von Migrant:innen zu gestalten – oder wo es da auch noch Verbesserungsbedarf gibt. Das Thema ließ mich nicht mehr los, ich wollte unbedingt mitgestalten. Und ich ahnte damals noch nicht, dass ich 20 Jahre später selbst Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration sein werde und diese Dienststelle mit 70 Mitarbeitenden leiten würde.

»Durch ein Missverständnis ging es bei dem Praktikum nicht um Europäische Integration, sondern um gesellschaftliche Integration von Zugewanderten.«

Katarina Niewiedzial ist die Berliner Beauftragte für Integration und Migration. Sie wurde 1977 in Zgorzelec, Polen geboren und hat ihr Politikwissenschaftsstudium in Oldenburg begonnen, in Limerick, Irland fortgesetzt und am OSI beendet. Danach war sie unter anderem Geschäftsführerin und Projektleiterin des Think Tanks »Das Progressive Zentrum«.

Von Hausbesetzerin zur Unternehmerin

Yvonne Mevius macht Mediaplanung und Ethno-Marketing für Russen und Türken

VON CHRISTIAN WALTHER



OSI-Zeitung: Du hast seit 1995 eine Media-Agentur mit Millionen-Umsatz und einem guten Dutzend Beschäftigten. Ihr deckt auch ein Spezialgebiet ab: Ethno-Marketing, insbesondere für türkische und russische Zielgruppen in Deutschland. Wie sehr unterscheidet sich denn die Mediennutzung von Türken und Russen in Deutschland vom Rest der Bevölkerung?

Mevius: Die Mediennutzung der ethnischen Communities außerhalb ihrer Heimatländer ist erstaunlicherweise insbesondere bei den RID (Russen in Deutschland) und den TID (Türken in Deutschland) nach wie vor in hohem Maß geprägt durch Nutzung von Medien in der Ursprungssprache. Dies bedeutet bei den TID eine hohe Fernsehnutzung. Bei den Russen spielt neben TV auch Print eine stärkere Rolle. Zwar haben wir bei den TID auch verschiedene Tageszeitungen, welche in Deutschland gedruckt werden — die bekannteste ist die Hürriyet —, aber die verbreiteten Auflagen sind sehr überschaubar.

Vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs: Wer erreicht die RID überhaupt? Und wer versucht auf deutscher Seite, mit dieser Gruppe zu kommunizieren – ist das nur die Konsumgüterindustrie?

Oder wird da auch politisch kommuniziert?

Insgesamt steht Wirtschaftswerbung im Vordergrund. Ein eigener Bereich ist die Kulturwerbung, da dafür ein hohes Interesse bei der Zielgruppe besteht. Ein Beispiel hierfür ist die Wochenzeitung Ruskaja Germanij. Aktuell haben unsere Kunden aber keinerlei Werbeaktivitäten bei russischsprachigen Medien.

Wie groß sind diese Zielgruppen eigentlich?

Die Zahl einer ethnischen Community definiert sich nicht über die Staatsangehörigkeit. Vielmehr umschließt die Community der Russen in Deutschland inzwischen bis zu drei Generationen, die in Deutschland leben und nach Deutschland emigriert sind — laut Migrationsbericht rund 3 Millionen RID und ca. 2,7 Millionen TID.

Wie bist Du von der Politologie zur Mediaplanung gekommen?

Nach dem Studium war ich erstmal in der Erwachsenenbildung und habe bei Radio100 mitgearbeitet. Das war eine linke Radio-Initiative, die nach Einführung des Privatfunks in Berlin täglich mehrere Stunden Sendezeit bekam. Nach meinem Aufbaustudium Journalismus ging es zum Kabelpilotprojekt Berlin, wo ich Stadtinformationssysteme und Glasfaserpilotprojekte im Bereich Content betreut habe. Dort habe ich mehr durch Zufall die Vermarktung von CNN und MTV bei ihren ersten Schritten in Deutschland begleitet und bin so mit dem Bereich Media in Berührung gekommen. 1995 ging es dann in die Selbstständigkeit mit dem Schwerpunkt Direktmarketing. Im Prinzip hat sich bei mir immer alles um Medien und Kommunikation gedreht. Daher hatte ich schon Erfahrungen mit dem Internetvorläufer BTX gesammelt und bin seit den 2000er-Jahren im Bereich Web und Social Media aktiv.

»Es hilft ungemein, gute Recherchetechniken gelernt zu haben.«

»Mit dem Politologie-Studium war hierfür eine gute Grundlage gelegt«, da es für mein Verstehen von Gesellschaft und Statistik — obwohl ich Statistikurse gehasst habe! — eine entscheidende Hilfe war. Um Werbung zu platzieren, sind Kenntnisse von Zielgruppen und Medienkonsum unerlässlich. Zudem hilft es ungemein, gute Recherchetechniken und wissenschaftliches Arbeiten gelernt zu haben. Mit unseren Schwerpunkten wie TV-Werbung im Bereich NGOs, aber auch Ethno-Marketing, kann ich mein Wissen dort einbringen, wo wir gesellschaftlich relevant handeln können.

Gibt es irgendetwas aus dem Studium, das heute noch in Deiner Arbeit nachwirkt?

Studiert habe ich Ende der 70er und dann '82 Diplom gemacht. Während der Zeit habe ich in einem besetzten Haus gelebt. In Erinnerung ist mir natürlich Peter Grottian, der ja leider 2020 gestorben ist: Er hat mich für seine Kampagne zur Grundsicherung eingespannt. Diese Verknüpfung von Politikverständnis einerseits und dem Wissen über Werbung andererseits verdanke ich vor allem seinem Anstoß. Deshalb ist es mir auch ein persönliches Anliegen, dass wir für Organisationen wie »Greenpeace« und »Aktion gegen den Hunger« arbeiten.



T W I T T E R :
@osi-zeitung

Namen und Nachrichten

Neuigkeiten von OSI-Leuten

VON COLIN IVORY MEYER UND MARTIN MÜLLER

Ferda Ataman zur Antidiskriminierungsbeauftragten gewählt

Ferda Ataman wurde vom Bundestag Anfang Juli zur Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gewählt. Die Behörde, die dem Familienministerium unterstellt ist, wird seit 2018 kommissarisch von Bernhard Franke geleitet. Schon der Vorschlag Atamans hatte zu heftiger Kritik aus Medien, Öffentlichkeit und Politik geführt.

Ramona Pop übernimmt Vorsitz des Verbraucherzentrale Bundesverbands

Wichtige Position in turbulenten Zeiten: Seit Anfang Juli leitet Ramona Pop den Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Die ehemalige Berliner Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe folgt damit auf Jutta Gürkman, die den Verband nach dem Ausscheiden des langjährigen vzbv-Chefs Klaus Müller interimweise geleitet hatte. »Verbraucherschutz ist das Gebot der Stunde«, sagte Pop: »Die großen Herausforderungen unserer Zeit — steigende Verbraucherpreise, Klimakrise und Digitalisierung — werden wir nur meistern, wenn die Politik die Verbraucher:innen stärkt und einbindet.« Nach 20 Jahren in der Landespolitik hatte Pop im November 2021 angekündigt, ein neues Kapitel aufschlagen zu wollen.

Martin Schirdewan zum Co-Vorsitzenden der Linkspartei gewählt.

Martin Schirdewan wurde vom Bundesparteitag der Linken Ende Juni in Erfurt zum Co-Vorsitzenden gewählt. Er führt die Partei zukünftig zusammen mit Janine Wissler, die den Posten schon seit 2021 inne hat. Schirdewan ist Mitglied des europäischen Parlament und Co-Vorsitzender seiner Fraktion.

Nach Ärger bei PEN – Deniz Yücel wird Co-Vorsitzender von neuem Verband

Nach dem Streit beim PEN-Zentrum Deutschland führt Deniz Yücel in Zukunft gemeinsam mit der Schriftstellerin Eva Menasse die Vereinigung PEN Berlin an. Der neugegründete Schriftstellerverband wählte beide Anfang Juni zu ihren Vorsitzenden. Zuvor war Yücel nach heftigen internen Auseinandersetzungen als Präsident bei PEN Deutschland zurückgetreten.

Einen Abwahlantrag gegen seine Person hatte der Journalist knapp überstanden. »Ich möchte nicht Präsident dieser Bratwurstubde sein«, erklärte Yücel anschließend.

Roman Kaupert ins Präsidium der IHK Berlin gewählt

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Berlin hat Roman Kaupert Ende Juni zum Präsidiumsmitglied gewählt. In seiner neuen Funktion wolle er sich als Vertreter der Kreativwirtschaft für Berliner Unternehmen einsetzen, erklärte der Geschäftsführer der Marketingagentur Zepter und Krone GmbH auf Facebook. Es gehe ihm unter anderem darum, die Sichtbarkeit der Kammer zu erhöhen, so Kaupert.

Anja Wehler-Schöck wird Ressortleiterin »Internationale Politik« beim Tagesspiegel.

Anja Wehler-Schöck wird ab dem 1. August das neu gegründete Ressort »Internationale Politik« beim Tagesspiegel leiten. Sie ist momentan Chefredakteurin des IPG-Journals. Zuvor war sie für die Deutsche Botschaft in Washington und die Friedrich-Ebert-Stiftung in Amman tätig.

OSI CLUB

Verein der Freundinnen und Freunde
des Otto-Suhr-Instituts e.V.



Der **OSI-Club** ist das Alumni-Netzwerk der Studierenden und Ehemaligen des Otto-Suhr-Instituts.

Der **OSI-Club** ist ein globales Netzwerk für Berufstätige und Studierende mit Basis in Berlin.

Lernt uns kennen – gern schicken wir Euch unseren monatlichen Newsletter.

Schreibt uns an
info@osi-club.de



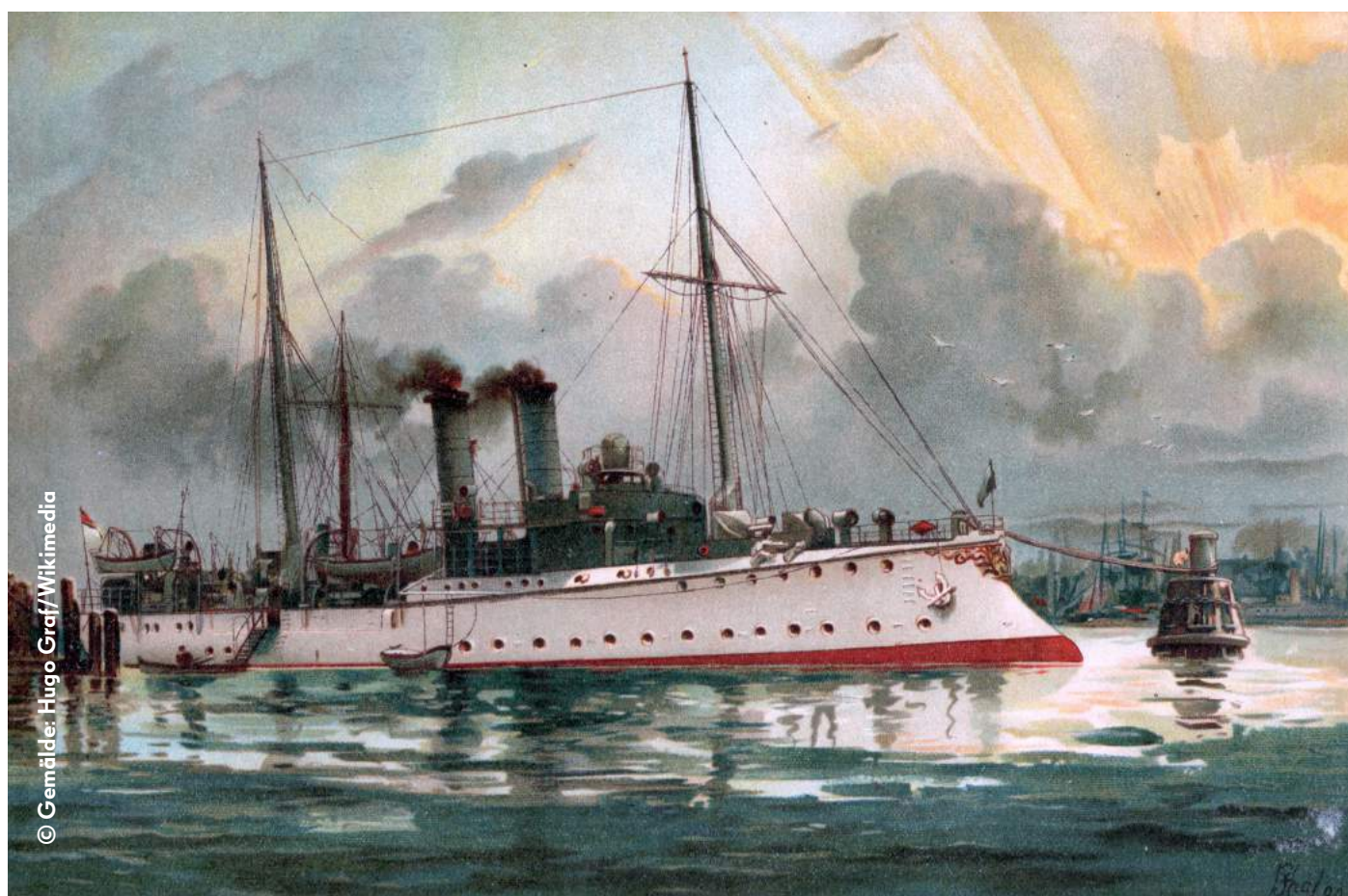
Eine Promenade für Nora

Warum die Iltisstraße endlich einen neuen Namen braucht und warum Nora Schimming dafür die ideale Patin ist

VON CHRISTIAN WALTHER UND ALJOSHA SARIBAF

Nein: Der Iltis, der der Straße vor Immatrikulationsbüro und Studierenden-Service-Center der FU den Namen gegeben hat, ist kein possierliches Frettchen,

sondern ein mit vier Schnellfeuerkanonen Kaliber 8,8 cm und sechs Maschinenkanonen Kaliber 3,7 cm bewaffnetes Kanonenboot.



© Gemälde: Hugo Graf/Wikimedia

Das Kanonenboot Iltis, das der Straße in Dahlem den Namen gegeben hat

Ein Schiff der kaiserlichen Marine, das unter dem Kommando des Korvettenkapitäns Wilhelm Lans zur Niederschlagung des »Boxeraufstandes« im Juni 1900 die chinesischen Forts Taku zusammengeschossen hat. Drei Straßen im Herzen von Dahlem wurden, wie Kauperts Straßenführer durch Berlin verrät, 1906 nach Iltis, Lans und Taku benannt.

Lans erhielt zudem den Orden »Pour le Mérite«, stieg später zum Admiral auf und wurde zu »von Lans« geadelt. (Zu den Hintergründen siehe Seite: 47)

Die Erinnerung an das Gemetzel in China mag legitim sein; die andauernde Ehrung von Lans und seinem Kanonenboot ist es nicht.



Hier begrüßt die FU ihre Studis: Immatrikulationsbüro rechts, Servicecenter links

Seit Jahrzehnten hält mittlerweile die Debatte um eine Umbenennung an – entschieden ist nichts. Vorschläge gab es reichlich, doch sie scheiterten in der Zehlendorfer Bezirkspolitik. Jetzt aber, mit veränderten politischen Verhältnissen im Bezirk, nimmt die Diskussion erneut Fahrt auf – doch die Vorschläge sind weitgehend die alten. So soll die Iltisstraße nach Vorstellungen in der SPD künftig nach dem Theologen und FU-Professor Gollwitzerstraße heißen, die Lansstraße nach dem ersten Direktor des an dieser Straße gelegenen John-F.-Kennedy-Instituts, Ernst Fraenkel, benannt werden und die Takustraße nach der Botanikerin am Kaiser-Wilhelm-Institut, Elisabeth Schiemann. Sie half Lise Meitner bei der Flucht ins Exil und gehörte selbst der bekennenden Kirche an.

Gollwitzer ist ein ehrenwerter Mann, doch er ist schon geehrt. Nur gute 300 Meter von der Iltisstraße entfernt ist er auf dem Friedhof von Dahlem-Dorf beigesetzt: In einem Ehrengrab der Stadt Berlin. (Siehe auch OSI-Zeitung 23, Seite 51)

II

Wir machen einen anderen Vorschlag. Wir schlagen vor, die Iltisstraße nach einer Frau zu benennen, die in den 60er Jahren an der FU studiert hat, Jahrzehnte in der Befreiungsbewegung Afrikas aktiv war und in den 90er Jahren als Botschafterin Namibias zurückgekehrt ist nach Deutschland: Nora Schimming.



In Charlottenburg treffen wir Marina Auder, Jahrgang 1942, studierte Architektin. Sie war mit Nora Schimming befreundet bis zu deren Tod am 13. März 2018 und Gast beim Staatsbegräbnis in Namibia.



Freundin von der Immatrikulation bis zum Staatsbegräbnis: Marina Auder



Titelbild des offiziellen FU-Magazins im November 1994

Beginnen hatte diese Freundschaft, als sie sich 1963 im Studentenwohnheim Siegmunds Hof kennen gelernt haben.

Norah Schimming — bis etwa 1969 schreibt sie ihren Vornamen mit »h« — war am 10. Mai immatrikuliert worden: »Eine stolze, schwarze, schöne Frau«, die in dem von überwiegend männlichen Studenten der TU Berlin bewohnten Studentenwohnheim auffiel. Schnell habe Nora eine kleine afrikanische Community um sich geschart — besonders am Wochenende wurden heimatliche Traditionen gelebt und gepflegt mit Musik und afrikanischem Essen. Das begann in Siegmunds Hof und wurde stärker in der ersten Wohnung in der Lützowstraße und später in der Bundesallee.

Der Rektor
der Freien Universität Berlin
Zulassungs- und Immatrikulationsbüro

1 Berlin 33, den 9.5.63
Boltzmannstraße 3
Telefon 76 52 61 App. 2237

Herrn Nora Schimming
Frau



Zulassungsbescheid Nr. 1487 *

Nach dem Beschluß des Zulassungsausschusses sind Sie zum SS/WS 19 63
in im Hauptfach Anglistik, Pädagogik zugelassen.
Sie, unter Vorlage dieses Bescheides folgende Termine wahrzunehmen:
Immatrikulation am 10. Mai 1963 von 8.30 bis 13.00 Uhr im
Immatrikulationsbüro Berlin-Dahlem, Boltzmannstraße 3, Zimmer 117. Folgende unter den Ziffern 1-5
aufgeführten Unterlagen sind mitzubringen; andernfalls die Einschreibung nicht erfolgt:
1. Dieser Zulassungsbescheid,

OK
Hofe 10.5

© FU-Archiv

Der Zulassungsbescheid vom 9. Mai 1963 — die tatsächlich studierten Fächer wichen dann ein wenig ab



Nora Schimming im Studentenwohnheim Siegmunds Hof

Dabei zählte Wohnungssuche in Berlin für eine junge schwarze Frau zu den unmittelbaren Diskriminierungserfahrungen, selbst wenn sich der DAAD für sie einsetzte. Wo ihr eine Wohnung am Telefon schon fast zugesagt war — Nora Schimming sprach fließend Deutsch — schloss sich die Tür, wenn sie persönlich auftauchte.



Video: Nora Schimming 1964 als Studentin in Berlin (Sender Freies Berlin)



Nora Schimming am Schreibtisch im Studentenwohnheim Siegmunds Hof

Diese rassistischen Erfahrungen habe sie relativieren können, weil sie auch positive Erlebnisse in diesem Land gehabt hätte, meint Marina Auder. Nora sei nach Berlin gekommen, um zu studieren, aber auch, um für die Freiheit ihres Landes Namibia in der Freien Welt zu werben. Und das tat sie bei jeder Gelegenheit — auch im Fernsehen bei Werner Höfer im Internationalen Frühschoppen oder bei der UNO in New York.

Zeitweilig wohnte sie am Kurfürstendamm 140, in der Wohnung des SDS. Als sie im Juni 1967 von einem USA-Aufenthalt zurückkam, war Benno Ohnesorg erschossen und die Wohnung des SDS zum Hauptquartier der Studentenbewegung geworden. Zuletzt lebte sie dann, inzwischen mit einem Mediziner verheiratet und bald darauf Mutter zweier Töchter, in der Bundesallee 221.

Politisch sei man auf einer Linie gewesen, erzählt die Freundin. Nora habe einen inneren

Kompass gehabt: Er zielte auf die nationale Freiheit Namibias und ihr Studium an der FU. Das ausdrückliche Engagement für Frauenrechte kam später hinzu.

Nora Schimming wurde am 1. Dezember 1940 geboren und war schon als 13-jährige politisch aktiv. Mit 21, als Flüchtling aus Südwest-Afrika, erhielt sie 1962 vom Goethe-Institut in Dar es Salaam mit Blick auf ihre »offensichtliche Begabung« eine Empfehlung für ein Stipendium in Deutschland. Noras Studium an der FU – Politik, Anglistik, Afrikanische Literatur – führte sie unter anderem zu Franz Ansprenger, der den damals einzigen Lehrstuhl für Politik Afrikas an einer deutschen Universität hatte. Ihn traf sie auch Jahrzehnte später noch, im Juli 1992, auf einer Konferenz in Freiburg zum Friedensprozess in Namibia, kurz bevor sie selbst Botschafterin ihres Landes in Deutschland wurde.



Mit Prof. Franz Ansprenger 1964 im OSI

Mit Prof. Franz Ansprenger 1992 bei einer Namibia-Tagung des Arnold-Bergstraesser-Instituts in Freiburg

Davor lag der Kampf um die Unabhängigkeit ihres Heimatlandes, das 1915 – nach 30 Jahren deutscher Kolonialzeit – von Südafrika besetzt und bis 1990 beherrscht wurde. Nora Schimming war an diesem Kampf beteiligt. Zuerst in Tanzania, dann in Südwest-Afrika selbst; zuerst bei der SWANU, der South West Africa National Union, dann beim Kirchenrat in Namibia und beim Weltkirchenrat in Genf. Sie hatte »das Christliche in Deutschland nicht vor sich hergetragen«, erinnert sich Auder, aber in Namibia wäre sie nie gewählt worden, wenn sie nicht auch religiös gewesen wäre.

Und sie wurde gewählt: Ihren Jahren im Auswärtigen Dienst Namibias in Paris, Wien, Bonn, Lissabon und Windhuk folgten Jahre im Parlament Namibias, wo sie den Tendenzen zu Misswirtschaft und Machtmissbrauch im Lande entschlossen entgegentrat. »Sie war«, sagt Marina Auder, w»die beste Vertreterin ihres Landes«.

IV

Auf Vorschlag von Außenminister Kinkel verlieh Bundespräsident Herzog Nora Schimming im Herbst 1997 das Bundesverdienstkreuz. In der offiziellen Begründung wurden ihre Verdienste um die deutsch-namibischen Beziehungen hervorgehoben, »insbesondere die Förderung des Kulturaustausches zwischen beiden Ländern und ihre Tätigkeit im Vorstand der Namibisch-Deutschen Stiftung für kulturelle Zusammenarbeit und die Leitung des gemeinsamen Projekts der Lutherischen Kirchen in Namibia, Kamerun und Deutschland zum Thema Deutsche Kolonisierung in Afrika.« Übergeben wurde der Orden in Windhuk durch den damaligen Botschafter Hanns Schumacher, der Schimming schon in Bonn kennen gelernt hatte. Sie sei eine Person gewesen, von der man hoffte, dass so das neue Namibia sein werde. Allein schon, weil sie mit ihren Vorfahren aus verschiedenen Volksgruppen »stammesübergreifend« agieren könnte. Doch daraus wurde nichts: Die größte Volksgruppe Namibias, die Ovambo, beherrscht



Nora Schimming-Chase 1992 in Freiburg

bis heute das Land. »Man sah in ihr den mündigen, reifen Bürger«, erinnert sich der pensionierte Diplomat, der Schimming als ruhig argumentierende Frau in Erinnerung hat, »freundlich, lustig, höflich, zuvorkommend, entspannt«. Sie habe ihre Stärke im Glauben gefunden und in der Literatur.

Schumacher weist dann noch auf einen ihrer gemeinsamen Bekannten hin, den deutsch-namibischen Afrikanisten Henning Melber, der früh der SWAPO beigetreten war, später die Namibisch-Deutsche Stiftung für kulturelle Zusammenarbeit leitete und jetzt bei der Dag-Hammarskjöld-Stiftung in Uppsala engagiert ist. Außerdem ist er — wie sich herausstellt — OSI-Absolvent des Jahrgangs '77 und kennt Nora noch von der FU: »Als Nora in Westberlin studierte, gab es eine Handvoll von Namibier:innen dort, die unabhängig von der politischen Orientierung zusammen hielten. Nora war eine Art Mutterfigur dieser Szene.« Und zu ihrer Rolle in Namibia: »Nora gehört zur ersten Generation namibischer Intellektueller.«

V

Es wäre ein Willkommenssignal an die Studenten aus aller Welt – und ein Adieu an die Studentin, die zur Botschafterin wurde: die Nora-Schimming-Promenade.



Video: Nora Schimming 1996 als Botschafterin in Bonn (Deutsche Welle)

Iltis, Lans, Taku

Die kaiserliche Kriegsmarine in Dahlem — der historische Hintergrund der Straßennamen

VON ALJOSHA SARIBAF

Nur wenige Schritte vom U-Bahnhof Dahlem-Dorf befindet sich die Iltisstraße, die geradewegs in das Herz des FU Campus zeigt. Zusammen mit der Taku- und Lansstraße wurden sie 1906 einer vermeintlich heldenhaften Aktion der kaiserlichen Marine gewidmet: der Niederschlagung des sogenannten »Boxeraufstandes«. Die in den späten 1890er Jahren von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Dürre heimgesuchte chinesische Landbevölkerung machte die Anwesenheit von ausländischen Diplomaten, Christen und Missionaren zur Ursache für ihr Leiden. Aus damaligen Gedichten und Wandzeitungen von Priestern und Mönchen lässt sich schließen, dass die Idee grassierte, dass nur durch den Tod der »fremden Teufel« die erzürnten Götter besänftigt werden könnten. Die Boxerbewegung wuchs mit der Zeit, und am 13. Juni 1900 drangen Boxerscharen in Peking ein, ermordeten chinesische Christen und belagerten, unterstützt von kaiserlich-chinesischen Truppen, das Diplomatenviertel.

Die Boxer, die sich selbst als »Bewegung der Verbände für Gerechtigkeit und Harmonie« bezeichneten, waren zum größten Teil Bauern und Handwerker, die sich durch Geschicklichkeit im Boxkampf auszeichneten. Mit Schwertern, Lanzen und Schlagstöcken versuchten sie gegen das Expansionsstreben der europäischen, US-amerikanischen und japanischen Großmächte zu kämpfen. Am 17. Juni 1900 griff eine multinationale Flotte aus japanischen, russischen, britischen,

französischen, amerikanischen, italienischen, deutschen und österreichisch-ungarischen Marineeinheiten unter deutscher Führung das Fort Taku in der chinesischen Stadt Tientsin an, um den Aufstand niederzuschlagen.

Beteiligt war die »Iltis«, ein deutsches Kanonenboot der kaiserlichen Marine. Der Kommandant des Bootes, Wilhelm Lans, wurde schwer verwundet und anschließend als nationaler »Seeheld« gefeiert – Straßename inklusive. Der Angriff auf das Fort Taku markierte den Beginn eines grausamen und blutigen Kolonialkrieges gegen China, mit Massakern und Vergewaltigungen.

Mit Studierendenverwaltung und Service-Center befinden sich zwei zentrale Einrichtungen der Uni in einer Straße mit kolonialem Anstrich. Schon seit mehreren Jahrzehnten gibt es Forderungen nach einer Umbenennung der Straßen, unter anderem durch die FU selbst, um die ist es jedoch seit einiger Zeit ruhig geworden war. Zuletzt weihte der Bezirk 2011 eine Informationsstele zu den Straßennamen ein, die den Überfall auf China und Deutschlands Rolle dabei kritisch einordnen.

Bereits im Juni 2000, zum hundertsten Jahrestag des Angriffs, hatte die Fraktion der Zehlendorfer Sozialdemokraten in einer öffentlichkeitswirksamen Aktion die Schilder überklebt. Die Lansstraße wurde nach Ernst Fraenkel, die Takustraße nach James Franck und die Iltisstraße nach Helmut Gollwitzer benannt.



»Ein Schlag ins Gesicht«

Die Dekolonialismus-Forscherin Sara Dehkordi über ihre Zeit in Südafrika, Wissenschaft, die die Welt verändern will und das Verhältnis von Forschung und Gewalt

VON PIERA ROCCO DI TORREPADULA

»Decolonial Research« ist ein überwiegend in Sozial- und Geisteswissenschaften genutzter Forschungsansatz, der globale Machtverhältnisse und deren Reproduktion auch nach Ende des Kolonialismus untersucht und versucht diese zu dekonstruieren. Also die systematische und strukturierte Rückführung sozialer Konstrukte zu ihrer ursprünglichen Bedeutung durchführt. Die Beziehung zwischen dem Forscher und den

Gemeinschaften, auf die sich z.B. eine ethnografische Studie konzentriert, kann eine hierarchische sein die Unterdrückungsverhältnisse reproduziert.

Sara Dehkordi ist Autorin des Buches »Segregation, Inequality, and Urban Development — Forced Evictions and Criminalisation Practices in Present-Day South Africa« und bietet zu dekolonialer Forschung Methodenseminare am OSI an.

OSI-Zeitung: Warum dekoloniale Forschung?

Dehkordi: Der Wendepunkt war, als ich vor Beginn meiner Forschung erkannte, dass ich in einem eurozentrischen Diskurs über Südafrika als Vorbild für einen demokratischen Übergang von der Apartheid zur liberalen Demokratie gefangen war. Dieser Diskurs bringt vieles zum Schweigen und löscht vieles aus. Früher habe ich den African National Congress und Nelson Mandela romantisch verklärt, aber als ich zum ersten Mal nach Südafrika kam, war das wie ein Schlag ins Gesicht für mich. Und ich denke, das ist etwas, das wir uns fragen müssen: Wie sind wir in den herrschenden Diskursen gefangen und setzen uns nicht kritisch mit ihnen auseinander.

Was war das, was Sie gesehen haben, das Ihnen den »Schlag ins Gesicht« gegeben hat?

Die Tatsache, dass das Versprechen des ANC, der Mehrheit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, nicht eingelöst wurde.

Gab es ein »Vorher« und ein »Nachher«, als Sie die urbane Segregation in Südafrika beobachteten, in Bezug auf die Art und Weise, wie Sie sich Gemeinschaften, denen Sie nicht

angehören, nähern und diese wahrnehmen?

Das Wichtigste für mich war, dass ich wirklich von diesen Gemeinschaften gelernt habe. Ich habe mit Menschen zusammengearbeitet, die beschlossen hatten, sich zu wehren, die jahrelang gekämpft hatten, um die Zwangsräumungen zu verhindern. Trotz der Lebensbedingungen, die sie ertragen mussten, waren sie immer noch in der Lage, sich gemeinschaftlich zu verteidigen. Für mich sagte das etwas über Widerstand und Kampf aus, das ich vorher nicht nachvollziehen konnte. Das hat mich wirklich dazu gebracht, mich von einer sehr nihilistischen, ja sogar sarkastischen Sichtweise auf Ungerechtigkeit zu distanzieren, nach der »Veränderung unmöglich ist«. Denn das kommt aus einer ganz bestimmten privilegierten gesellschaftlichen Position, in der man sagen kann: »Oh, ich habe keine Hoffnung, und ich denke, dass nichts wirklich wichtig ist und dass ich nichts ändern kann«.

Wurden Sie als Mitglied des unterdrückten Teils der Gesellschaft wahrgenommen?

Das war bei mir nicht der Fall und ich glaube, das lag daran, dass es mir von Anfang an gelang,

eine Beziehung zu den Menschen aufzubauen, die von Zwangsräumung und Kriminalisierung betroffenen waren und zwar auf der Grundlage, dass ich mich ihrem Kampf anschloss.

Da ich das Privileg und die Möglichkeit hatte, zu forschen, nutzte ich diese, um bei Regierungsbeamten und Vertretern der Wirtschaft vorstellig zu werden, um zu sehen, wie die Informationen, die wir — ich und die Gemeinschaften — sammeln konnten, berücksichtigt wurden. Diese Menschen reagieren anders auf Forscher, vor allem wenn es sich um internationale Forscher handelt. Ich war nur ein Werkzeug. Das hat wirklich dazu beigetragen, ein Vertrauensverhältnis und auch eine Freundschaft aufzubauen.

Haben Sie Erfolge erzielt oder siegte das System der Unterdrückung letztlich?

Nein, alle Gemeinschaften, mit denen ich gearbeitet habe, wurden am Ende zwangsgeräumt.

Gibt es eine klare Unterscheidung zwischen den Forschern und den Gemeinschaften, über die Sie forschen? Oder überschneiden sich ihre Rollen?

Die Mitglieder der Gemeinschaft, die sich bereit erklären, mit dir zu arbeiten, sind selbst auch Forscher. Die Frage ist, ob du denkst, dass du der einzige Forscher bist und sie nur ein paar Informanten sind oder ob du anerkennst, dass dies die Menschen sind, die sich tagtäglich mit dem von dir gewählten Thema beschäftigen und deren Leben davon beeinflusst wird. Sie sind also die eigentlichen Forscher und du bist derjenige, der versucht, die Daten zu ordnen, zu analysieren und zu Papier zu bringen. Aber du machst nicht die Hauptarbeit.

Welche Fragen sollten sich Studierende bei der Wahl ihres Forschungsthemas stellen, um einen kolonialen und imperialistischen Ansatz zu vermeiden?

Die wichtigste Frage ist eigentlich: Warum will ich diese Forschung betreiben? Manchmal

ist es klar, dass Studierende diese Frage nicht beantworten können und nur den Wunsch haben, weit weg zu gehen und das Unbekannte an einem für sie »exotischen« Ort zu erleben. Oft sind die Forschungsprojekte mit der Tourismusindustrie und den Vorstellungen, die diese produziert und reproduziert, verbunden. Die zweite wichtige Frage lautet: Warum habe ich einen politischen Bezug zum Thema?

Fehlt in einigen Bereichen oder Teilen der sozial- und geisteswissenschaftlichen Welt immer noch das Bewusstsein für koloniale und imperialistische Forschungsansätze?

Ja, absolut. Das vorherrschende Paradigma in den Sozialwissenschaften ist immer noch Forschung um der Forschung willen. Forschungsprojekte dienen Forschern oft nur dazu, einen weiteren Eintrag in ihrem Lebenslauf zu haben. Das bedeutet, dass die Gemeinschaften und Menschen, die diese Forscher untersuchen und über die sie Artikel oder Bücher schreiben, den Karrieren der Forscher dienen, ohne dass sie irgendeinen Nutzen davon haben. Und wir müssen darüber nachdenken, wie dies auch an dieser Universität reproduziert wird. Wir sehen das an verschiedenen Beispielen in den internationalen Beziehungen, wie der sogenannten »Entwicklungshilfe«, die am OSI propagiert wird, und daran, wie Studierende von der Universität kommen und sich verschiedenen NGOs anschließen, die nur die systematische Unterentwicklung und Ausbeutung aufrechterhalten. Studierende werden oft immer noch so unterrichtet, dass sie nur den Status quo aufrechterhalten können.

Welche Rolle spielt die Institution Universität in diesem ganzen System von Imperialismus, Wissenshierarchien und Machtverhältnissen?

Die liberale Demokratie und ihre Produktionsweise, der Kapitalismus, brauchen Arbeitskräfte, die die Aufrechterhaltung des Systems garantieren. Die Institutionen der Universität werden genutzt, um diese Arbeitskräfte zu produzieren.

Es ist sehr schwierig, in die herrschenden Diskurse an der Universität einzugreifen und sie herauszufordern, und man sieht, wie lange es dauerte, bis dekoloniale Theorien in den Sozial- und Geisteswissenschaften des globalen Nordens angekommen sind. Es gab einen enormen Widerstand von verschiedenen positivistischen Lagern gegen den Einzug der kritischen dekolonialen Theorie in die Universitäten.

Und im OSI?

Das Interessante am OSI ist, dass konservativere Ideologien und progressivere Ideologien friedlich nebeneinander existieren! Ich vermute, dass dies auch die offizielle Strategie des Instituts ist.

Würden Sie sich mehr Konfrontation wünschen?

Ich denke, dass die wirkliche Konfrontation jeden Tag außerhalb der Universität stattfindet. In Südafrika finden an manchen Tagen mehr als 300 Proteste statt. Und man fragt sich, wie der Neoliberalismus das kontrollieren kann — denn es ist sehr schwierig, den Status quo gegen all diese Kräfte, die Veränderungen wollen, aufrechtzuerhalten. Es war wirklich augenöffnend zu verstehen, dass man zwar protestieren darf und Redefreiheit hat, aber das bedeutet nicht unbedingt, dass man die materiellen Lebensbedingungen der Menschen tatsächlich verändern kann. Die Frage ist: Wie ist Veränderung wirklich möglich? Ich denke, dass die Universität und Studentenbewegungen Teil einer breiteren Veränderung sein werden, aber sie wird nicht die entscheidende Kraft sein.

Kann sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung unpolitisch sein? Soll sie Ihrer Meinung nach politisch sein?

Sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung ist immer politisch. Und sie sollte immer etwas mit politischem Engagement zu tun haben, denn das Ziel ist, die Realität zu verändern und nicht nur zu analysieren. Wenn Forschung nicht nur um der Forschung willen und zum Nutzen des Forschers betrieben wird, dann wird eines ihrer Ziele die Veränderung der Realität sein.

Ist die Objektivität des Forschers ein Mythos?

Ja. Objektivität und Subjektivität können nicht voneinander getrennt werden, sondern müssen immer in einer dialektischen Beziehung koexistieren und sich gegenseitig beeinflussen. Das Selbst in Bezug auf die Welt und die Welt in Bezug auf das Individuum. Und manchmal ist das etwas, womit die Studierenden Probleme haben, weil ihnen beigebracht wurde, dass sie objektiv sein und einen gewissen Abstand zum Thema ihrer Forschung halten müssen.

Wenn Objektivität ein Mythos ist, wird die Forschung dann nicht zu Aktivismus?

Forschung, die jeglichen Ansatz zur Veränderung der Realität ablehnt, ist Forschung, die verschiedene Kategorien von Gewalt reproduziert, und wir müssen verstehen, dass verschiedene Gemeinschaften seit Jahrhunderten dem Blick des Beobachters ausgesetzt sind, der kommt, um zu analysieren und seine Ergebnisse zu präsentieren, die völlig losgelöst sind von dem, was die Gemeinschaft will. Wir müssen in der Lage sein, die Worte »Forschung« und »Gewalt« nebeneinander und in den Mittelpunkt einer politischen Debatte zu stellen.

Dr. Sara Dehkordi ist Dozentin am OSI. Sie lehrt postkoloniale und dekoloniale Theorien sowie über kolonialen Völkermord, die Negritude- und Black Consciousness-Bewegung, neoliberalen Urbanismus und kritische Friedens- und Konfliktforschung. Für ihre Arbeit, die zu dem Buch »Segregation, Inequality, and Urban Development« führte, wurde sie mit dem deutschen Tiburtius-Preis für herausragende Forschung ausgezeichnet.



M. Kager NOVOCROD THE GREAT

Auping Jess Paste-Ups (and other things) 1951-1983 Ringling Museum of Art

BOOK BOOK



Flüchtlinge an deutschen Schulen – ein Zwei-Klassensystem

Unsere Autorin arbeitet als Lehrerin an einer Gesamtschule und erlebte in den letzten Monaten das Ausmaß einer erschreckenden Ungleichbehandlung ukrainischer Kinder und Kinder aus dem Nahen Osten. Ist es Zeit, die deutsche Solidarität zu hinterfragen?

VON MARA KONRAD*

Von Anfang an hatte ich das Bedürfnis, zu helfen, war schockiert von den täglichen Nachrichten aus dem Kriegsgebiet in der Ukraine und suchte nach Möglichkeiten, mich sinnvoll zu engagieren. Als mir wenige Wochen nach der russischen Invasion eine Stelle als DAZ (Deutsch-als-Zweitsprache) Lehrerin für Flücht-

linge an einer Gesamtschule angeboten wurde, war ich zuversichtlich, meinen Beitrag leisten zu können. Als ich erfuhr, dass die Klasse aus Kindern verschiedener Herkunftsländer zusammengesetzt sein würde, war ich zunächst etwas besorgt über die Sprachbarriere, blickte meinem ersten Arbeitstag jedoch weiterhin optimistisch entgegen.

Sieben Monate warten

An meinem ersten Schultag erfuhr ich, dass die ukrainischen Kinder in meiner Klasse alle in den letzten paar Wochen in Deutschland angekommen waren. Einige sprachen dank Privatunterricht sogar schon etwas Deutsch. Die afghanischen Kinder erzählten, sie seien schon seit mehr als sieben Monaten in Deutschland. Sie sprachen etwas Englisch, aber kein Deutsch. Ich wollte wissen, warum sie nicht früher in die Schule gekommen sind. Die Schulleitung erklärte, dass sie bisher keinen Termin beim Gesundheitsamt erhalten hatten - eine Voraussetzung für einen Schulbesuch.

Sieben Monate lang warten, ohne Kontakt zu Gleichaltrigen und ohne jegliche sprachliche Förderung. Die jungen Afghanen schienen sehr erleichtert zu sein, endlich in die Schule gehen zu dürfen und waren die motiviertesten SchülerInnen der Klasse. Nur wenige Tage später stellte ich fest, dass die Suche nach Unterrichtsmaterial

für ukrainische Kinder überraschend einfach ist. Im Internet wimmelt es von kostenfreien Kursen, deutsch-ukrainischen Übungen, Arbeitsblättern, Lehrbüchern, Onlineprogrammen oder Apps. Wie schön könnte die Welt sein, dachte ich, wenn es auch Material in mehreren Sprachen gäbe, das ich für die ganze Klasse verwenden könnte. Material mit Übersetzung auf Farsi oder Arabisch konnte ich nur vereinzelt auf Websites von Flüchtlingsvereinen finden.

Prinzipiell ist nichts daran verwerflich, Arbeitsmaterialien für ukrainische Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Es geschieht sicherlich mit lobenswerten Intentionen. Mich stört allerdings, dass Solidarität nicht generell denjenigen gilt, die Schlimmes hinter sich haben, sondern vor allem denjenigen, die momentan im Rampenlicht der Medien stehen. Dieses Problem gibt es nicht nur im Bildungssystem.

»Ich unterrichte ausschließlich ukrainische Kinder«

Eine ukrainische Kollegin kam in den ersten Arbeitstagen auf mich zu, um zu fragen, ob Sie mich irgendwie unterstützen könne. Wie nett, dachte ich mir. Ich schlug vor, dass sie vielleicht für einzelne ukrainische Kinder als Vertrauenslehrerin agieren, aber in dieser gemischten Klasse nicht mit allen auf Ukrainisch oder Russisch kommunizieren könne. Ihr Gesichtsausdruck änderte sich schlagartig. »In diesen Zeiten nehmen wir Kindern aus diesen Ländern auf?«, fragte sie empört. Meine Erklärung der Zustände von Unterdrückung und Menschenverachtung unter dem Regime der Taliban schien sie nicht zu beeindrucken. »Ach, das ist doch schon ewig her.«, winkte sie ab. »Außerdem dürften sie doch eigentlich gar nicht aus ihrem Land raus. Wie sind die überhaupt aus Afghanistan gekommen?« Ich entzog mich höflich dem Gespräch und hoffte, sie würde ihre Hilfe zukünftig nicht mehr anbieten.

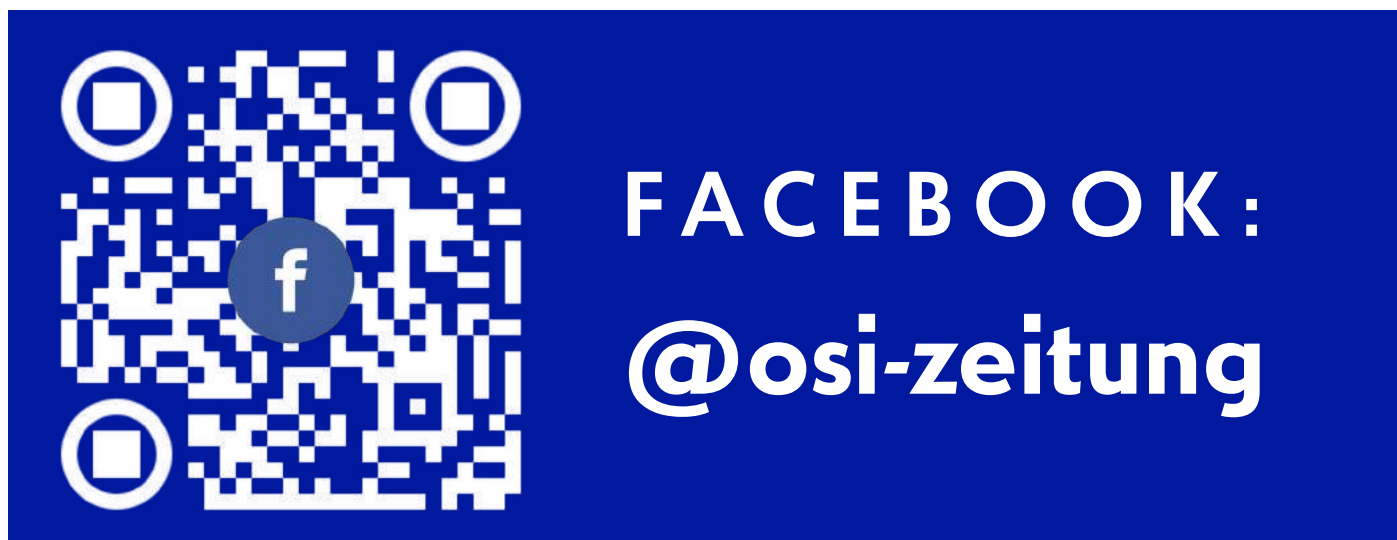
Auch eine neue Kollegin, die kurz darauf eingestellt wurde, um einige Stunden in der DAZ-Klasse zu übernehmen, half nur sehr selektiv. Bevor sie ihre Arbeit aufnahm, erklärte sie, dass sie ausschließlich ukrainische Kinder unterrichtete.

*Mara Konrad ist ein Pseudonym.
Unsere Autorin will anonym bleiben.

Flüchtlingskinder zweiter Klasse

Einen Einzelfall wie diesen könnte man vor den syrischen, türkischen, kurdischen, afghanischen oder iranischen Kindern noch verstecken. Doch es ist keine Ausnahme. Diesen Kindern, die mit viel Hoffnung und gutem Willen in die Schule gekommen sind, wird jeden Tag neu kommuniziert: Ihr seid Flüchtlinge zweiter Klasse. LehrerInnen weigern sich, sie zu unterrichten. Manche Spenden, die wir erhalten, sind nur für die ukrainischen Kinder gedacht. Ich muss meiner Klasse erklären, dass ukrainische Kinder mit ihrem Pass gratis Bahn fahren dürfen. Die Anderen halt nicht.

Dafür, dass man auf europäischer Ebene stärkere Maßnahmen bei einem Krieg ergreift, der sich auf dem eigenen Kontinent abspielt, lässt sich stichhaltig argumentieren. Aber was ist das Argument dafür, dass afghanische Kinder monatelang nicht in die Schule gehen dürfen, weil ihnen kein Termin beim Gesundheitsamt gegeben wird? Während des Krieges in der Ukraine haben wir herausgefunden, dass das Argument, die Logistik sei nicht zu bewältigen, nicht trägt. Freundliche Aufnahme der Flüchtlinge, kostenfreier Transport, Arbeitserlaubnisse, schnelle Integration ins Schulsystem: Als Gesellschaft und als Individuen sollten wir kritisch darüber nachdenken, warum die Welle der Solidarität, die wir momentan sehen, explizit Menschen ausschließt, die die Hilfe dringend brauchen. Und wir sollten darüber nachdenken, wie wir das ändern können.





Wählen ab 16

Warum die Politikdidaktikerin und OSI-Professorin Sabine Achour die Herabsetzung des Wahlalters für richtig hält

VON LULU RECKERS UND SOFIE EIFERTINGER

OSI-Zeitung: Wie stehen Sie persönlich zum Wählen ab 16 und wieso?

Achour: Persönlich, aber auch als Politikwissenschaftlerin, befürworte ich das Wählen ab 16. Die Wahl ist für Bürger:innen die zentrale Beteiligungsmöglichkeit, von der junge Menschen zwischen 16 und 18 noch zu großen Teilen ausgeschlossen sind, aber beispielsweise schon in Ausbildungsverhältnissen stehen, studieren oder gar arbeiten gehen. Schließlich ist die Generation Z alles andere als unpolitisch. Daher finde ich es wichtig und sinnvoll, auch diese Form der Jugendteilhabe rechtlich zu verankern.

Wieso wählen ab 16 und nicht zum Beispiel ab 14?

Ich denke die Politik der kleinen Schritte ist zur Umsetzung des Vorhabens auf Bundesebene strategisch angemessen, wenn eine Entscheidung durch den Bundestag kommen soll. Von Seiten der CDU und der AfD weht auf politischen Ebenen ein deutlicher Gegenwind. Es gibt nicht nur für das Wählen ab 14, sondern auch ab Geburt Argumente, die zu diskutieren wären. Im Prinzip finde ich auch Wählen ab Geburt in Form eines Elternwahlrechts absolut sinnvoll.

Wenn Familien und nicht zuletzt Kinder und Jugendliche wie z.B. während der Corona-Pandemie vieles gesellschaftlich kompensieren, ohne dass die Interessen aller Betroffenen aber durch das Wählen zum Ausdruck gebracht werden können, ist das ein systemisches Ungleichgewicht.

Schauen wir auf den demographischen Wandel. Ist unsere überproportional alte Gesellschaft auch ein Argument für Wählen ab 16?

Der demographische Wandel unterstreicht meines Erachtens besonders, wie — naja — fast schon jugendfeindlich die Gegenposition ist. Wählen ab 16 wäre eine Reaktion auf das Ungleichgewicht zwischen der kleineren Gruppe junger Wählender gegenüber der größeren Gruppe älterer Wählender — ohne dass es sich dabei um homogene Kohorten handelt.

Wenn es um die Förderung demokratischer Einstellungen und Partizipation sowie die Bereitschaft junger Menschen dazu geht, verweist die politische Sozialisationsforschung darauf, dass Teilhabemöglichkeiten demokratisierend wirken können. Das heißt, man sollte den Effekt von Wahlen ab 16 nicht nur an der Wahlbeteiligung messen, wie es zum Beispiel Gegner:innen des Vorstoßes mit Blick auf die Wahlbeteiligung Jugendlicher ab 16 in Österreich tun. Dort zeigte sich auch, dass es entscheidend ist, wieviel Aufmerksamkeit im Wahlkampf Politik und Medien den Jungwähler:innen widmen.

Es geht also in erster Linie um die Realisierung von Kinder- und Menschenrechten und das Recht der Teilhabe. Was bedeutet das?

Auf politischer Ebene, sei es die Bildungspolitik, Familienpolitik oder Jugendpolitik, entscheiden eigentlich immer Erwachsene, die ihre eigenen

Vorstellungen von guter Kindheit, Jugend und Jungsein auf Kinder und Jugendliche übertragen, ohne den Bezug zum heutigen Aufwachsen zu berücksichtigen. Das zieht sich letzten Endes bis in die Hochschulen, Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Obwohl Kinder und Jugendliche diejenigen sind, die die Konsequenzen der heutigen Politik gerade mit Blick auf die großen Fragen wie Klima und Energien besonders lange spüren werden, können sie kaum mitreden.

Dabei ist ihr Recht auf Teilhabe in der Kinderrechtskonvention verankert. Die unterstellte politische Unreife ist bei Kindern und Jugendlichen dabei nicht größer als das politische Desinteresse bei Erwachsenen. Die Chance nicht zu nutzen, früher auch durch die Möglichkeit zu wählen, politische Sozialisationsprozesse zu fördern, ist nachlässig.

Wie groß ist der Einfluss von Bildung und sozioökonomischem Hintergrund auf Partizipationsraten?

Dieser Einfluss lässt sich in der Wahl- und Partizipationsforschung deutlich erkennen: je stärker Bildungsdisparitäten ausgeprägt sind, je geringer der sozioökonomische Hintergrund ist, desto größer ist im Schnitt die politische Unzufriedenheit und desto geringer die Beteiligung an Wahlen oder anderen Partizipationsformen.

Mit Arnim Schäfer lässt sich von einer politischen Ungleichheit entlang der sozialen Ungleichheit sprechen. Davon sind leider auch schon deutlich Jugendliche betroffen. Allein die schulische politische Bildung, die ja im Prinzip alle jungen Menschen erreichen sollte, ist nach Schulformen recht elitär verteilt: viel an den gymnasialen Oberstufen, fast keine an den Berufsschulen. Wenn sich diese Kluft sozialer Ungleichheit

nicht auch bei der Wahlbeteiligung ab 16 widerspiegeln soll, sind Politik und Medien gefragt, wie sie Jungwähler:innen politisch bildend erreichen möchten. Abgesehen von der sozialen Ungleichheit existiert ein Unterschied im Wahlverhalten zwischen den Geschlechtern: Junge Frauen wählen eher grün, junge Männer eher liberal. Das ist natürlich spannend für Zukunftsfragen rund um das Thema Nachhaltigkeit.

Ebenso interessant ist die Tatsache, dass unter den zukünftigen Kohorten an Erstwähler:innen nahezu an die 50 Prozent eine Migrationsgeschichte haben werden, einige mit, andere ohne deutsche Staatsbürger:innenschaft. Das eröffnet noch einmal ganz andere Fragen an das Wahlrecht bzw. auch an Themen und Angebote von Parteien und Politik.

»Die unterstellte politische Unreife ist bei Kindern und Jugendlichen nicht größer als das politische Desinteresse bei Erwachsenen.«

Prof. Dr. Sabine Achour ist seit Oktober 2018 Professorin für Politikdidaktik und Politische Bildung am OSI sowie dessen stellvertretende Geschäftsführende Direktorin. Zuvor war sie Professorin an der Philipps-Universität Marburg sowie Gastprofessorin am Otto-Suhr-Institut. Sie unterrichtete zuvor als Studienrätin die Fächer Politik, Geschichte und Latein.

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO SUHR INSTITUT

WIR SIND

das unabhängige und meinungsoffene Magazin am Otto-Suhr-Institut
für an Politik, Politikwissenschaften und am OSI Interessierte.

WIR WOLLEN

ein Forum sein in dem ehemalige und aktuelle OSlaner und
OSlanerinnen sich äußern, vernetzen und publizistisch ausleben können.

WIR BIETEN

Studierenden, Beschäftigten sowie Alumni des OSI's die
Möglichkeit zu ehrenamtlicher Mitarbeit.

WIR SUCHEN

Verstärkung in allen Arbeitsbereichen der OSI-Zeitung von der
Redaktion über Gestaltung bis zum Vertrieb.

Interessierte melden sich bitte unter OSI-Zeitung@OSI-Club.de oder auf unseren Social-Media-Kanälen:

Facebook: OSI-Zeitung Twitter: OSI_Zeitung Instagram: OSI_Zeitung

»Ich habe angefangen zu weinen«

Wie drei Studentinnen aus Russland und der Ukraine an der FU die Kriegszeit erleben

VON CLARA BALDUS UND CELINE COJOCAR

YANA



»Ich habe zwar nicht direkt nach Hilfe gesucht, aber es ist auch niemand auf mich zugekommen und hat sie angeboten. Ich musste selbst von Professor zu Professor laufen und Fristverlängerungen erbitten, weil ich mich seit Beginn des Krieges kaum noch auf die Uni konzentrieren kann. Das Prüfungsbüro konnte mir erst nach vier Wochen weitere Informationen geben.«

Das vertraut uns Yana an, eine 20-jährige Politikwissenschafts-Studentin aus der Ukraine, die vor etwas mehr als drei Jahren nach Deutschland gekommen ist. Sie ist eine von drei Studentinnen, mit denen wir für diesen Artikel gesprochen haben. Wir wollten wissen, was sie beschäftigt, ob sie sich von der Universität unterstützt fühlen, und wie sich das Uni-Leben für sie in Berlin verändert hat, nachdem der Krieg in der Ukraine begann. Dabei zeichnen sich viele Parallelen ab.

Starke Statements, wenig Hilfe

Das Statement der FU, das bereits kurz nach Kriegsbeginn veröffentlicht wurde, haben die drei als positiv empfunden. Mit klaren Worten hat die FU darin ihre Solidarität für die Ukraine ausgedrückt und die russische Invasion verurteilt. Als weitere Reaktion wurden wissenschaftliche Beziehungen zu russischen Forschungseinrichtungen ausgesetzt. Davon ist auch der Studierendenaustausch betroffen. Anastasia ist eine russische Studentin

ANASTASIA



© Foto: Simon Geiger

aus St. Petersburg, die an der FU Philosophie und Kulturanthropologie studiert. Sie steht dem Stop des Studierendenaustauschs zwiegespalten gegenüber: Einerseits sei es wichtig, gegen das Regime zu protestieren und zu verhindern, dass BefürworterInnen des Krieges ihr Gedanken- gut verbreiten können: »Ich kenne keine einzige russische Universität, die sich offiziell gegen den Krieg positioniert hat«, berichtet Anastasia.

Andererseits finde sie es unfair, dass auch regime-kritische Studierende nicht mehr an Austauschprogrammen mit der FU teilnehmen können. Herbert Grieshop, Leiter der Abteilung Internationales der FU, nuanciert: »Wir versuchen, eine Unterscheidung zu machen zwischen institutioneller Kooperation und individueller Hilfe. Unsere Wissenschaftler können nach wie vor individuell mit russischen Wissenschaftlern kooperieren - dabei muss jedoch die Einzelperson und nicht die Institution im Fokus stehen.« Außerdem räumt er ein, die Entscheidung, auch den Studierendenaustausch auszu- setzen, sei eine der schwierigsten gewesen. Weit über 90 Prozent der russischen FU-Studierenden seien jedoch keine Aus- tausch-Studierenden, sondern hätten sich re- gulär beworben, was auch weiterhin möglich ist.

Eine andere Frage ist, wie man Studierende, die unter den Folgen des Krieges leiden, unter- stützen kann. Dazu hat die FU eine Website er- stellt, auf der es Informationen zu Hilfsangeboten gibt. »Leider habe ich dort nichts wirklich Neues gesehen«, erklärt Yana. »Anspruch auf psycholo- gische Beratung hatte ich auch schon vorher«. Bürokratische Prozeduren seien nicht verein- facht worden und für das Bewerbungsportal uni-assist müsse man immer noch bezahlen. »Solche Hürden abzubauen, wäre eine enorme Erleichterung.« Alexandra, die mit acht Jahren aus der Ukraine nach Frankreich zog und nun im Doppelbachelor zwischen der französischen Sciences Po und der FU studiert, machte ähnliche Erfahrungen: »Man ertrinkt in einem Meer von Informationen. Insbesondere für Menschen, die kein Deutsch sprechen, ist es da schwierig, sich zurechtzufinden. Die Uni könnte hier mehr Orientierung bieten.« Sie vertraut uns zudem an, wie schwierig es für sie ist, den Alltag zu bewältigen, während sie täglich um das Wohlergehen von FreundInnen und Familien- mitgliedern bangen muss, die noch in der Ukraine sind. Grieshop weist darauf hin, dass Studierende, die durch den Krieg in finanzielle Not geraten sind, sich an das Stu- dierendenwerk wenden könnten, das über einen gut gefüllten Notfonds verfügt. Außerdem habe die FU Deutschkurse für AnfängerInnen aufgelegt, »die allerdings total überlaufen sind«.

UkrainerInnen wollen zurück, RussInnen wollen bleiben

Seitens der FU liegt der Fokus stärker auf den Forschenden. Für sie habe die FU ein beachtliches Kontingent an Stipendien bereitgestellt. Bislang seien bereits über 30 Dreimonatsstipendien à 1.500 Euro pro Monat vergeben worden, teilt Grieshop mit. Zukünftig müsse es vermutlich noch mehr Angebote für oppositionelle RussInnen geben, da er hier auch weiterhin einen großen Andrang erwartet: »Während ukrainische Forschende sagen, dass sie möglichst schnell in ihr Heimatland zurück wollen, zeigen russische Anfragen, dass sie keine Zukunft mehr in ihrem Land sehen.«

Psychologische Beratungsstelle: Vier Wochen Wartezeit

Alexandra berichtet von einem Schockzustand und einer Taubheit, die sie beim Lesen der Nachrichten am 24. Februar überfielen. Auch Anastasia erinnert sich noch genau an den Moment, in dem sie von der russischen Invasion erfahren hat: »Ich habe angefangen zu weinen und hatte einen Nervenzusammenbruch. Es hat eine Weile gedauert, bis ich mich wieder beruhigen konnte.« Seit Kriegsausbruch nimmt sie in Berlin regelmäßig an Protesten teil und hilft in Flüchtlingsunterkünften aus. Trotzdem fühlt sie sich als Russin mitverantwortlich für den brutalen Krieg, der im Namen ihres Heimatlandes geführt wird: »Ich schäme mich sehr, wenn ich mit UkrainerInnen spreche.« Bei ihrer Freiwilligenarbeit traue sie sich oft nicht, zu sagen, dass sie Russin ist.

Dass der Krieg in der Ukraine bei Studierenden psychische Folgen hinterlässt, zeigt sich auch bei der psychologischen Beratungsstelle der FU. »Nach Beginn des Krieges haben wir bemerkt, dass unsere psychologische Beratung deutlich stärker nachgefragt wurde«, berichtet Psychologin Brigitte Reysen-Kostudis. Täglich kam eine neue Anfrage. Viele der russischen und ukrainischen Studierenden würden sich um Verwandte sorgen, an Schlaflosigkeit leiden und könnten sich nicht mehr aufs Studium

ALEXANDRA



konzentrieren. Diesen biete die Beratungsstelle Gespräche an, in denen es vor allem darum gehe, den Betroffenen »Tipps an die Hand zu geben, wie sie ihre Ängste und Sorgen kanalisieren können«. Aufgrund der hohen Nachfrage betragen die Wartezeiten für solche Gespräche derzeit jedoch über einen Monat. Bei Notfällen könne man sich auch an den Berliner Krisendienst wenden, merkt Reysen-Kostudis an. Dennoch ist die Universität die erste Anlaufstelle, insbesondere jetzt, wo sich das alltägliche Leben für die ukrainischen Studierenden so drastisch verändert hat.

Wenn die Muttersprache zur Gefahr wird

Alexandra zählt mehrere Vorfälle aus ihrem privaten Umfeld auf, bei denen es zu physischer und verbaler Gewalt in Bus oder Bahn kam, nachdem sie oder Bekannte als UkrainerInnen erkannt wurden. Sowohl Alexandra als auch Yana haben sich aus Angst vor Auseinandersetzungen dafür entschieden, ihre Muttersprache nicht mehr in der Öffentlichkeit zu sprechen.

An der Universität hingegen hat keine der beiden negative Erfahrungen gemacht. Auch Anastasia bestätigt, dass sie als russische Studentin keine Nachteile erlebt habe, selbst, wenn sie sich etwas mehr Unterstützung gewünscht hätte, sowohl vonseiten der ProfessorInnen als auch von Seiten des Studienbüros. Alle drei Studentinnen betonen die Wichtigkeit deutscher Universitäten in Zeiten des Krieges. Anastasia unterstreicht vor allem den Einfluss, den eine aktive Studierendenschaft haben könnte, durch das Organisieren von Protesten oder dem Teilen von Petitionen. Seitens der Universität sieht sie noch Potenzial: »Ich denke, eine der größten Universitäten Deutschlands könnte mehr tun.«

Was willst du ukrainischen Studierenden in Deutschland gerne sagen?

Yana: Vergesst nicht, was in eurer Heimat passiert und setzt euch hier in Deutschland für sie ein, wo ihr nur könnt.

Alexandra: Ihr seid so mutig! Ich hoffe, dass wir uns alle gegenseitig unterstützen können.

Anastasia: Ich fühle mich nicht legitimiert, ukrainische Studierende anzusprechen. Ich will nichts sagen, ich will ihnen nur zuhören, damit sie mir sagen können, wie ich noch helfen kann.

Was willst du russischen Studierenden in Deutschland gerne sagen?

Yana: Nutzt die Situation und klärt eure Verwandten und Bekannten in Russland auf, teilt Informationen. Nutzt euer Privileg, hier zu sein und geht zu Protesten. Äußert euch gegen den Krieg.

Alexandra: Schweigt nicht, spricht über den Krieg. Eine apolitisch Haltung ist keine Unterstützung.

Anastasia: Am Hauptbahnhof brauchen sie immer Freiwillige zum Helfen und Übersetzen. Es ist das Mindeste, was wir tun können.



»Es fühlt sich an, wie nachhause zu kommen«

Von einer Wette mit Joschka Fischer über Klimaschutz bis zu ihrer Rückkehr ans OSI —
Lena Partzsch im Porträt

VON LULU RECKERS UND SASKIA KABELITZ

Seit dem Sommersemester 2022 lehrt Prof. Dr. Lena Partzsch im Arbeitsbereich Vergleichende Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut. Ihre Schwerpunktthemen sind Umwelt- und Klimapolitik. So hält sie dieses Semester die Veranstaltungen »Einführung in die Umweltpolitik«, »Environmental Movements and NGOs«, »Alles bio oder was? Analyse und Vergleich privater Regulierung« sowie »Global Environmental Politics«.

Klimaschutz, bevor er Mainstream wurde

Ihre große Leidenschaft für Nachhaltigkeit und Umweltschutz, die sich durch ihren Lebenslauf zieht, entdeckte sie durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Dort wurde sie noch während ihrer Schulzeit Mitglied, lange bevor Klimaschutz unter Jugendlichen zum Mainstream wurde. 1998 initiierte sie gemeinsam mit anderen BUND-Mitgliedern eine Wette gegen die damalige Bundesregierung, die vom Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer angenommen wurde. Sie wetteten, dass sie die Klimaschutzziele der Bundesregierung für die nächsten sieben Jahre innerhalb von sieben Monaten an deutschen Schulen umsetzen können. Mit Erfolg!

Grottian und Altvater überzeugten sie

Dass Partzsch den politikwissenschaftlichen Weg gehen würde, war ihr nach ihrem Abitur, das sie 1998 in Zehlendorf ablegte,

zunächst nicht klar. An einem Tag der offenen Tür der FU nahm ihre Schulklasse an der Einführungsveranstaltung für Politikwissenschaft teil. Im Hörsaal A des Henry-Ford-Baus stellten Peter Grottian und Elmar Altvater das Fach so überzeugend dar, dass sie — im Gegensatz zu ihren Klassenkameraden:innen — keine weiteren Einführungsveranstaltungen mehr besuchte. Die Atmosphäre auf dem Campus führte dazu, dass diese anfängliche Euphorie auch während ihrer Studienzeit nicht nachließ. Auch ihr Interesse an Klimaschutz blühte durch das vielfältige Angebot am OSI weiter auf, sodass sie sich aus dem Aktivismus zurückzog und nun den Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel aus der Wissenschaft heraus bestreitet.

Nach ihrem Vordiplom verbrachte sie ein Auslandsjahr in Straßburg, wo ihr die damalige Abgeordnete und Grünen-Politikerin Hiltrud Breyer ein Praktikum im Europaparlament in Brüssel anbot. Im Anschluss absolvierte sie ein weiteres dreimonatiges Praktikum in der Deutschen Botschaft in Südafrika. Zurück in Berlin beendete sie 2003 erfolgreich ihr Diplomstudium.

Akademische Reise durch sieben Bundesländer

Nachdem sie sich gegen die Weiterarbeit in der Politik entschieden hatte, promovierte sie 2007 bei Martin Jänicke zum Thema: »Global Governance in Partnerschaft: die EU-Initiative 'Water for Life'«. Daraufhin arbeitete sie für zwei Jahre

am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig. Anschließend wechselte sie zur Universität Greifswald, wo sie eine Nachwuchsgruppe zum Thema Wasserpolitik einwarb. 2014 hat sie in Münster die Lehrberechtigung erhalten und wurde 2018 außerplanmäßige Professorin für Umwelt- und Entwicklungspolitik in Freiburg.

Sechs Jahre später wechselte sie als Vertretung der Professur für Vergleichende Regierungslehre an die Universität Erfurt. Nach einem Jahr erhielt Partzsch das lang ersehnte Angebot für eine Professur in Passau. Trotz der noch immer stark männlich dominierten Strukturen sollte es nicht bei einem Ruf bleiben, es folgte ein weiteres Professur-Angebot der TU Berlin. Dort leitete sie zunächst das Fachgebiet Umwelt-Governance. Nach kurzer Zeit erhielt Partzsch als eine von wenigen Professor:innen noch einen dritten Ruf, diesmal von ihrer Alma Mater, der FU, den sie gerne annahm.

Altes Institut, neue Perspektive

Nach zahlreichen Zwischenstationen nun wieder in Berlin und am OSI zu sein, beschreibt sie als skurril, aber schön; fast wie nachhause zu kommen. Gleiches Institut, andere Perspektive: damals Studentin, jetzt Professorin. Einerseits gibt es viele Dinge, die ihr seit Jahren bekannt waren, wie auch das Gebäude der Ihnestraße 22, in dem nun ihr Büro ist. Andererseits gibt es viel, was sich seit ihrer Zeit als Studentin verändert hat.

Sie beschreibt einen Generationswechsel, der sich darin ausdrückt, dass inzwischen nicht mehr vorwiegend »alte weiße Männer« lehren, sondern nun auch Jüngere und die Verteilung zwischen Männern und Frauen ausgeglichener ist. Auch die Studierenden hätten sich verändert, es gäbe inzwischen weniger kaputte Kleidung als Ausdruck der linken Einstellung und es hingen weniger politische Poster im Institut. Die Kultur unter den Studierenden empfindet sie als netter, es werde mehr zugehört, statt bloß mit politischen Forderungen in Debatten zu treten. Auch fühlt es sich für Partzsch so an, als hätten die Lehrenden weniger Autorität

als damals, was allerdings auch ihrem persönlichen Rollenwechsel geschuldet sein könnte. Bei der Organisation hat sich über die Jahre ebenfalls viel getan. Das Vorlesungsverzeichnis ist nun nicht mehr als Taschenbuch erhältlich, und man muss heutzutage auch nicht mehr am Anfang des Semesters auf aushänge den Zetteln herausfinden, ob ein gewähltes Seminar stattfindet. Qualitativ bewertet sie die Lehre am OSI nun als hochwertiger, worunter die Vielfalt des Lehrangebots nicht leiden musste. Allerdings fänden die Dozierenden, anders als damals, nicht mehr die Kapazitäten, um beispielsweise Hausarbeiten individuell mit ihren Studierenden zu besprechen.

Momentan arbeitet Partzsch an einem interaktiven »open-access«-Buchprojekt mit Studierenden im Master. Dazu leitet sie jeden Montag die dazugehörige Ringvorlesung »Stockholm+50: Five Decades of Global Environmental Governance«. Besonders ist, dass jede Sitzung der Ringvorlesung ein Kapitel für ein Lehrbuch wird, das 2023 erscheinen soll. Die Teilnehmer:innen des begleitenden Masterseminars interviewen die Referent:innen, wovon Teile in das entstehende Lehrbuch übernommen werden. Die Vorlesung findet im Hörsaal A des Henry-Ford-Baus statt, in dem sie sich vor 25 Jahren für die Politikwissenschaften entschied.

INFOBOX:

Alle Veranstaltungen der Ringvorlesung zur globalen Umweltpolitik werden aufgezeichnet und sind unter diesem QR-Code für jeden abrufbar:



Namen und Nachrichten

Neuigkeiten aus dem OSI

VON MARTIN MÜLLER

Sven Chojnacki zum Vizepräsidenten der FU gewählt

Prof. Sven Chojnacki ist zum Vizepräsidenten der Freien Universität gewählt worden. In der Abstimmung des Erweiterten Akademischen Senats am 15. Juni entfielen auf den 55-Jährigen 41 der 59 abgegebenen Stimmen. Chojnacki ist seit 2009 als Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und empirische Friedens- und Konfliktforschung am OSI. Seit 2020 ist er Sprecher des INTERACT Zentrums für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung an der FU. Vom OSI-Club wurde Chojnacki 2004 – damals noch als Lehrbeauftragter – mit dem »LorBär« für herausragende Lehre ausgezeichnet. Später war er Mitglied im Vorstand des OSI-Clubs. Im neuen FU-Präsidium ist Chojnacki für das Ressort Studium und Lehre zuständig. Universitätspräsident Prof. Günter Ziegler war im Februar durch das Wahlgremium in seinem Amt bestätigt worden.

Neuer Arbeitskreis Antisemitismus an der FU

Auf Initiative von OSI-Studierenden hat sich an der FU ein Arbeitskreis Antisemitismuskritik gegründet. In Dahlem wolle man Universitätsangehörige zusammenbringen, die sich mit der Theorie und Kritik des Antisemitismus auseinandersetzen wollen, heißt es in einer Mitteilung. Interessierte seien eingeladen, in Diskussionen der aktuellen Literatur gegenwärtige Erscheinungsformen des Antisemitismus zu analysieren und in ein Verhältnis zu gesellschaftlichen Entwicklungen zu setzen. Kontakt: ak-antisemitismuskritik@polsoz.fu-berlin.de

Hearings zur Professur für Theoretische und Rechtliche Grundlagen der Politik

Anfang Mai fanden die Hearings im Berufungsverfahren zur Professur für Theoretische und Rechtliche Grundlagen der Politik statt. Sieben Bewerber:innen stellten sich den Institutsangehörigen in einem Fachvortrag, einer Diskussion und einer Lehrprobe persönlich vor. Auch Studierende nahmen an den Veranstaltungen teil. Die Professur war bis Juli 2020 von Prof. Christian Volk besetzt.

50 Jahre globale Umweltpolitik: Was haben wir gelernt?

Vor 50 Jahren trafen sich Vertreter:innen aus über 100 Staaten in Stockholm für die erste Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen. Mit der offenen Forschungsreihe „Stockholm+50: Fünf Jahrzehnte globaler Umweltpolitik“ ziehen Umweltforscher:innen in diesem Sommersemester Bilanz. Sprecher:innen von diversen europäischen Universitäten präsentieren immer montags einen Schwerpunkt des Themengebiets. Konzipiert wurde die Ringvorlesung von Professorin Lena Partzsch. Die letzte Veranstaltung der Vorlesungsreihe findet am 18. Juli, 16.15-17.45 Uhr im Hörsaal A, Henry-Ford-Bau, Garystr. 35 statt.

Sabine Kropp: Landesparlamente in der Pandemie nicht ausgehebelt

Sind die Landesparlamente in der Covid-19-Krise abgehängt worden? Eine Forschungsgruppe um Prof. Sabine Kropp hat sich der Frage empirisch angenommen – und in einem im April veröffentlichten Policy Brief ein optimistisches Bild gezeichnet. Zwar habe die Pandemie die Landesparlamente vor Herausforderungen gestellt, ihren Kernfunktionen – Gesetzgebung, Kontrolle der Regierung und Kommunikation – seien die Legislativorgane jedoch nachgekommen. »Durch die Dominanz der Regierungen in Bund und Ländern im Pandemiemanagement wurde der Parlamentarismus als zentraler Pfeiler der Demokratie nicht ausgehebelt«, bilanziert Kropp. Besonders an der Kommunikation der Pandemiepolitik seien die Landesparlamente entscheidend beteiligt gewesen. Die Forschung wurde von dem Hochschulverbund Berlin University Alliance gefördert.

Neuaufstellung im Bereich Klimapolitik und Nachhaltigkeit

Prof. Lena Partzsch ist seit Februar als Professorin für Umwelt- und Klimapolitik neu am OSI (*Porträt Seite 63-65*). Berufen wurde außerdem Prof. Philipp Lepenies, ebenfalls im Februar übernahm er die Professur mit Schwerpunkt Nachhaltigkeit. Lepenies war zuvor bereits für sechs Jahre als Gastprofessor am Institut. Mit den Besetzungen stellt sich das OSI im Bereich Nachhaltigkeit und Klimapolitik breiter auf.

Das bisherige »Forschungszentrum für Umweltpolitik« wurde im Zuge der Lepenies-Berufung in »Forschungszentrum für Nachhaltigkeit« umbenannt. Mit der Namensänderung solle dem breiten Themenbereich der Nachhaltigkeitsforschung über Umwelt- und Klimathemen hinaus Rechnung getragen werden, begründete Lepenies den Vorschlag im Institutsrat.



INSTAGRAM:
@osi_zeitung

Jenseits des Berliner Tellerrandes

Im strukturschwachen Dahlem ist die Suche nach Essen eine geschmacksnervliche Belastungsprobe. Unser Autor sinniert über die Vorteile der verschiedenen Möglichkeiten.

VON ANTON BRÄUNIG

Als Studierender soll man ja ganz schön grenzwertige Dinge essen. Aus der unausschöpflichen Küche des Elternhauses in die weite Welt geworfen wären wir unfähig, uns gut zu versorgen und ernähren uns - abgesehen von Unmengen an Nudeln - maßgeblich von Luft, Liebe und Literatur. Soweit zumindest das Klischee.

Cóm bui

Es wird gemunkelt, mit etwas Glück könne man Professor Bernd Ladwig hier Suppe schlürfen sehen. Dieses vermeintliche Gütesiegel lässt hoffen, hier gebe es vietnamesisches Essen — in FU-untypischer, das heißt guter Qualität. Die Flaschen mit Sriracha und Sojasauce sowie der Geruch nach Fett und Zwiebeln sind schon einmal vielversprechend. Beim Blick auf die Karte wird eines klar: Hier herrscht eine kulinarische Zweiklassengesellschaft. Zum einen gibt es die gebratenen Nudeln, die mit 4€, einem — in Anbetracht der Dönerpreisinflation — günstigen Preis die Studierendenschaft ansprechen sollen. Zum anderen gibt es Klassiker der vietnamesischen Küche wie Pho, rote und grüne Curry sowie die obligatorische Ente kross. Preislich liegt alles um die 7- 8€ und ist damit zu teuer, um am Wochenende noch genug Geld für Bier zu haben. Klassenbewusst bestellt man also die 4€-Nudeln, die — mit reichlich Glutamat und sonstigen Genialitäten ostasiatischer Küche gewürzt — Mund und Magen beglücken. In Kombination mit der zuckrigen Chili-Sauce eine gute Angelegenheit. Nach dem restlichen Angebot kann man ja bei Gelegenheit Herrn Ladwig fragen.

Zu unser aller Glück gibt es allerdings Orte in der Umgebung des OSI, die uns vor dem sicheren Hungertod bewahren. Im Folgenden möchte ich ein paar dieser unabkömmlichen Ernährungsstätten vorstellen und nach Maßstäben der Erreichbarkeit, des Preises und des Geschmackes bewerten.

Mensa II

Dieser Ort bedarf wohl keiner Vorstellung. In gewohnter Massenabfertigung bekommt man hier solide, mittelmäßige Kost zum kleinen bis sehr kleinen Preis. Die hier gebotenen Speisen stellen nicht nur eine wunderbare Grundlage zum Studieren dar, sondern machen wohl auch einen nicht unbeachtlichen Teil unser aller Nährstoffaufnahme aus. Highlights sind für mich das Koreanische Linsencurry, die Glasnudeln sowie »irgendwas Frittiertes«. Speziell hervorheben möchte ich die Kassiererin ganz rechts außen, die mit ihrem freundlichen Lächeln schon den ein oder anderen Hirsebrei an kulinarisch schwierigen Tagen mit zum Lächeln gebracht hat. Also macht eure Teller schön voll, würzt gut nach und erfreut euch der köstlichen Mittelmäßigkeit.

OSI-Backshop

An guten Tagen kann man die Verkäuferinnen des Backshops zu Hits der 00er und 10er Jahre tanzen sehen. Eine große Empfehlung möchte ich an dieser Stelle für den veganen Brownie aussprechen. Er kostet gerade einmal 90 Cent und schmeckt eigentlich viel zu schokoladig und gut, um aus der Mensa zu kommen. Brownie und Tanz helfen zusammen auch über Max Webers pessimistische Sicht auf kollektive und individuelle



Nur die Mensa II liegt außerhalb des Fotos in der Van't-Hoff-Straße

Autonomie hinweg. Eine unschlagbare Kombination. Auch für die Faulsten unter uns gut erreichbar bietet der Backshop in der dritten Etage darüber hinaus gute bis sehr gute belegte Brötchen und ein warmes Essen an. Die Auswahl ist natürlich kleiner als in der großen Mensa, dafür sitzt man auf den gepolsterten Bänken im OSI gemüthlicher, und man muss sich bloß nicht aus seiner Bubble herausbewegen.

Aux Délices Normands

Kippchen, Käffchen, Croissant, am besten noch ein sehr kluges Buch. Für Connaissseure und Genießer, die sich in der frankophilen Atmosphäre suhlen und intellektuell überlegen fühlen wollen l'endroit idéal. Kaffee gibt es im Roten zwar auch, aber eben keinen Café, keine Patisserie, keine Tarte und kein französisches Geflüster der Science-Po Studierenden. Wer gerne über Rotwein und Albert Camus' Wirrungen des Absurden diskutiert, wird sich hier wohlfühlen.

Uni Imbiss

Ein Dorf-Dönerladen, der seinen Dönerspieß verloren und es irgendwie nach Berlin gebracht hat. Fettige Mayo-Saucen, Tiefkühl-Falafel und obligatorische Pommes. Wer kulinarische Erlebnisse sucht, hätte nicht nach Dahlem kommen sollen. Trotzdem bereichert der herzliche Familienbetrieb mit seinen Feuerzeugen für Zigaretten, seinem Kaffee für müde Studierende

und seinem Lächeln für gestresste Gesichter das Campusleben. Die Böreks und belegten Brötchen für kleines Geld retten einen auch über jeden kleinen Hunger hinweg, der einem sonst das Seminar oder die Vorlesung versaut. Geheimtipp: Die Linsensuppe, die die Besitzerin nach einem anatolischen Hausrezept frisch kocht und die dementsprechend köstlich ist.

Rotes Café

Wer sich von den anonymen Massenabfertigungen eine Pause gönnen und ein wenig seine Phantasien von linken Kommunen der 70er Jahre aufleben lassen will, ist hier richtig. »Das Rote Café ist ein linksradikaler, selbstverwalteter Freiraum« steht in roter Kreide auf einer Tafel. Hier gibt es Unmengen halb aktueller progressiver Literatur, skandalös günstigen Kaffee erwartbarer Qualität und Kippen bis zum Umfallen. Ständig liest irgendjemand aus dem Buch des sagenumwobenen Lion Edler vor, der seine Erfahrungen als rechter Student am OSI in den frühen 2010er Jahren schildert und über den sich nach allen Regeln der Kunst lustig gemacht wird. Bei gelegentlichen KüFas wird gemeinsam veganes Essen gekocht, es werden sehr wichtige oder auch sehr unwichtige Gespräche geführt und am Ende des Tages (16 Uhr) machen die ploppenden Bierflaschen das Bild komplett. Nicht nur zur kosteneffizienten Befriedigung der Koffeinsucht eine Empfehlung wert.

Fotostrecke

VON TIM GASSAUER

aus »Auf die Hand« (2021)

Die Serie »Auf die Hand« entstand in Zusammenarbeit mit der Bildredaktionsklasse der Ostkreuzschule für Fotografie anlässlich des alljährlichen »Shooting Day Weißensee«. Dabei vermitteln die Bildredakteur:innen den Fotografie-Studierenden Themen, welche diese an einem ausgewählten Tag bearbeiten. Die Arbeit »Auf die Hand« befasst sich in diesem Zusammenhang im Berliner Ortsteil Weißensee mit der Kultur des Mitnehmens, des »To-Go«.



aus »Heimatschutz« (2020)

Dieses Bild stammt aus der Serie »Heimatschutz«, welche 2020 entstanden ist. Anlässlich der 30. Jährung des Mordes an Amadeu Antonio Kiowa (verstorben am 6. Dezember 1990, Eberswalde), beschäftigen sich die Fotografien aus »Heimatschutz« mit Strukturen der Gewalt und des Schweigens sowie Konstruktionen Deutscher »Heimat«-Vorstellungen.





aus »Siegfried« (2017-2020)

Die Serie »Siegfried« handelt vom Alterungsprozess meines Großvaters und beschäftigt sich mit der Veränderung seiner Lebensumstände sowie seiner Gedanken- und Wahrnehmungswelt. Das hier gezeigte Foto ist in der Pflegeeinrichtung aufgenommen worden, in welcher Siegfried seit einigen Jahren wohnt.



aus »Wohnen im Osten« (2021)

»Wohnen im Osten« zeigt die Lebensumstände einer Gruppe junger Ostdeutscher, die beschlossen haben, wieder auf dem Land zu leben.

Käfig und Klauen

VON FINJA SCHÜRMANN

Die Welt schwimmt in Funken und Feuerflammen,
Sobald er den giftigen Pfeil in ihr Herz wird rammen.
Sein Flammenwerfer zerstört ihre Freude,
Sobald einstürzt ihrer Seele Gebäude.

Es gibt nimmermehr ein schützendes Dach,
Nicht taktisch, sondern skrupellos hält er sie in Schach.
Drängt sie in die Ecke,
Schreitet und schnellst voran zu ihrem Schrecke...

Die Grenze hat er längst überschritten,
Ignorieren tut er alle ihre Bitten.
Ihr Kummerkloß will nicht fortgehen,
Viel schlimmer aber ist: Auch er will nicht gehen!

Als Rettung verbleibt ihnen nur noch die Flucht
Vor seiner Machtdemonstration und Manipulationssucht.
Menschenrechte, Völkerrecht verdrängt, vergessen,
Macht will er wohl mit Manipulation, mit Morden messen

Einblick in die Redaktion dieser Ausgabe

Colin Ivory Meyer (20),

zweites Semester PoWi. Volleyballer und Liebhaber von Kontroverse und Ästhetik außerdem Redaktionsleiter der OSI-Zeitung. Erste journalistische Erfahrungen beim US-Sender CNN. Interessengebiet vor allem Außen- und Weltpolitik.

Finja Schürmann (19),

zweites Semester PoWi. Natürlich konservativ von der norddeutschen Küste; Enthusiastin für Philosophie und Politik sowie Redaktionsleiterin der OSI-Zeitung. Erste gewichtige journalistische Erfahrungen durch einen Journalismus-Workshop von »ThePioneer«. Interessenschwerpunkt bei allem, »was die Welt im Innersten zusammenhält.«

Martin Müller (23),

viertes Semester PoWi und bei der OSI-Zeitung zuständig für Campus und Leute. Nebenbei schon länger am Schreiben, erst fürs Lokale, jetzt fürs Aktuelle. Besondere Vorliebe für Zeit im Grünen, Vielfalt und selbstgemachte Nudeln.

Sofie Eifertinger (25),

viertes Semester des Master Gender, Intersektionalität und Politik. Ich widme mich dieses Semester dem Kultur & Co Ressort. Mein Fokus liegt dabei darauf, Wissenschaft als kreativen, performativen und interaktiven Prozess zu spiegeln.

Celine Cojocar (22),

letztes Semester PoWi-Sciences Sociales. Nach dem Artikel über Safe Spaces in der letzten Ausgabe bin ich jetzt mit einem Artikel über die Rolle der Uni im Ukrainekrieg dabei. Interessiert bin ich vor allem an Sozialpolitik sowie der Region Zentral- und Osteuropa.

Clara Baldus (23),

letztes Semester PoWi, mit Fokus auf Internationale Beziehungen. Ich bin neu als Autorin bei der OSI-Zeitung, habe zuvor jedoch schon viel für die FURIOS gemacht und war Redakteurin bei politikorange. Wenn nicht am Schreibtisch, findet man mich in Bars oder auf dem Beachvolleyballfeld.

Aljosha Saribaf (22),

viertes Semester PoWi, ein wenig geschrieben für die OSI-Zeitung ansonsten ein unbeschriebenes Blatt. Großer Freund von unbekannter Musik, Malerei und Gesellschaftskontroversen.

Lulu Reckers (20),

zweites Semester PoWi, neu bei der OSI-Zeitung mit dabei, erste journalistische Erfahrungen als Redakteurin der canis*, Schülerzeitung des Canisius Kollegs, gesammelt.

Piera Rocco Di Torrepadula (21),

sechstes Semester PoWi-Sciences Sociales. DeepL Abhängige. Meine Hauptinteressen sind soziale Bewegungen, Wirtschaft und kritische philosophische Analyse.

Saskia Kabelitz (21),

zweites Semester PoWi, bisher ohne nennenswerte journalistische Vorerfahrung. Dieses Semester habe ich für das Campus-Ressort über Prof. Partzsch geschrieben. Ich bin leidenschaftliche Spiegel-Leserin, mache gerne Yoga und treibe mich hauptsächlich in Prenzlauer Berg und Wedding herum.

Anton Bräuning (20),

zweites Semester PoWi. Keinerlei journalistische Vorkenntnisse. In vulnerablem Zustand verkatert in der Mensa agitiert; seitdem aufstrebender Gastro-Kritiker.

Tim Gassauer (24),

ehemals Politik- und Kommunikationswissenschaft im Bachelor, studiert jetzt Fotografie an der Ostkreuzschule in Berlin Weißensee. Fotografiert, editiert und schreibt gelegentlich.

Simon Geiger (25),

viertes Semester PoWi, immer am Pendeln zwischen diversen Rundfunkanstalten als Mediengestalter und Redaktionsassistent, für die OSI-Zeitung hinter der Kamera.

Carlotta Pauline Kessemeier (20),

zweites Jahr Grafik-Design am Lette Verein Berlin, also die einzige Nicht-OSLianerin. Diesesmal für das Layout verantwortlich.

Dr. Christian Walther,

OSI-Diplom 82, PuK-Diss 2015. Zumeist freier, gelegentlich angestellter TV-Reporter (rbb-Abendschau), Zeitungsmacher, Pressechef bei FU, Wissenschaftsverwaltung und Leibniz-Gemeinschaft, Kommunikationsberater und Buchautor (»Des Kaisers Nachmieter«). 2001 Mitbegründer und lange Vorsitzender des OSI-Clubs, 2016-20 Vorsitzender Journalistenverband Berlin-Brandenburg. Mehrfach Lehrbeauftragter, zuletzt im Sommer '20 mit der Wiederbelebung der OSI-Zeitung. Jetzt mit Christine Kolmar Herausgeber und Mentor der OSI-Zeitung.

Dr. Christine Kolmar,

in den 80er Jahren bei den Kommunikationswissenschaftlern und am OSI studiert und promoviert. Über 25 Jahre Journalistin bei ARD (Tagesschau) und n-tv (Ltg. Politik/Chefredaktion) im politischen Nachrichtengeschäft, anschließend u.a. Dozentin UMC, Geschäftsleitung WWF, Senior Vice President Nachhaltigkeit EnBW, Kommunikationsleitung BDL. Heute selbstständige Kommunikationsberaterin, Autorin und auch Mentorin und Herausgeberin der OSI-Zeitung.

Danke,

an alle die dabei waren. Wir haben mit der 24. Ausgabe der OSI-Zeitung einen riesigen Schritt nach vorn gemacht und uns auf allen Ebenen verbessert. Wir freuen uns auf die nächste Ausgabe.

Die Redaktionsleitung

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO SUHR INSTITUT

Herausgeber (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes):

Dr. Christine Kolmar und Dr. Christian Walther

Redaktionsleitung:

Colin Ivory Meyer und Finja Schürmann

Redaktion:

Clara Baldus, Anton Bräuning, Celine Cojocar, Sofie Eifertinger, Pauline Hoffmann, Saskia Kabelitz, Martin Müller, Lulu Reckers, Piera Rocco Di Torrepadula und Aljosha Saribaf

Autoren:

Dr. Hannah Neumann, Tobias Münchmeyer und Prof. Dr. Thomas Risse

Gestaltung:

Carlotta Pauline Kessemeier

Titelbild:

Tim Gassauer

Fotos:

Tim Gassauer und Simon Geiger u.a.

Kontakt:

OSI-Zeitung@osi-club.de